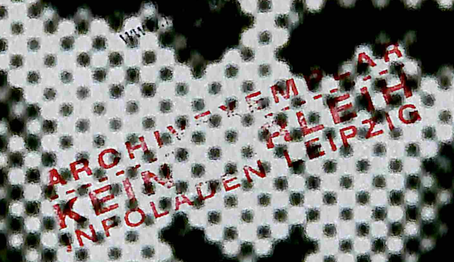
ZAG

EUR 5,00

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 54 FRÜHJAHR 2009



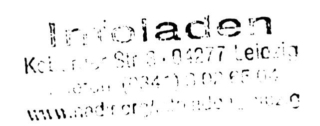
OSTEUROPAS RECHTE RÄNDER





INHALT

EDITORIAL



Wir sind Papst,

grölte vor nicht allzu langer Zeit der Boulevard nationalistisch besoffen in die Welt. Und das Schöne daran ist, dass die Welt nun ein wunderbares Beispiel dafür erhält, was das so heißt, wenn Abkömmlinge des konservativen Deutschlands, eine neue Rassel bekommen. Aber natürlich ist das alles nur ein Missverständnis. Niemand konnte doch ahnen, dass die erst in den letzten 50 Jahren mit antisemitischen Äußerungen aufgefallenen Anhänger des reaktionären Lefebvre, die offizielle Honorierung ihrer Leistungen durch den Vatikan umgehend zu einer Publicity-Offensive nutzen würden. Nu denn, da wird dann halt hart durchgegriffen und mit einem offiziellen Entschuldigung-War-Nicht-So-Gemeint-Ich-Hab-Nichts-Gegen-Juden-Einige-Meiner-Besten-Freunde-Sind-Juden kann ja wieder zur antisemitischen Tagesordnung übergegangen werden. Da drücken wir die Replay-Taste beim Widerruf-Trailer - Routinejob.

Denn das wirkliche Problem ist doch, dass der Jude aus der ganzen langen Geschichte einfach nichts lernen will. Immer macht er Sachen, die ihm den vollkommen berechtigten Unmut der Bevölkerung einbringt. Und es wird immer schlimmer! Früher hat er den Pogrom, der ja als unschöne Konsequenz des berechtigten Zorns immer wieder leider unvermeidbar war, wenigstens nur mit Wehklagen und Heulerei versucht anzuprangern. Aber dann hat er doch tatsächlich einen eigenen Staat gegründet. Und der verhält sich schon beinahe so wie andere, ›normale‹ Staaten. Gut, es dauert schon etwas lange, bis seine Armee sich in Marsch setzt und sie unterwirft sich ja doch einem Rechtfertigungsdiskurs, den die deutschen Jugoslawienbomber nie auch nur im Entferntesten auf die Idee kamen zu bedienen, als ihnen irgendwann nach dem permanenten Raketenbeschuss Bayerns der Geduldsfaden gerissen ist oder die ständigen Übergriffe der Afghanen auf Sachsen einen präventiven Ausflug im Panzer unumgänglich machten und die dauernden Bombenattentate in den Berliner Bussen, die EU-Mauer als Weisheit letzter Schluss erscheinen ließen.

Aber letztendlich bleibt doch festzuhalten, dass der Jude nicht 'mal aus dem Holocaust gelernt hat, dass für ihn ein Verhalten nicht hinnehmbar ist, dessen pure Kommentierung bei ausnahmslos allen anderen schon als provokante unverschämte Einmischung in legitime Handlungsweisen brüsk verbeten werden würde. Er kapiert einfach nicht, dass er sich nicht unbeliebter machen sollte, als er per se ohnehin schon bei so vielen ist, denn sonst wird er nicht nur regelmäßig geschlagen und ab und an halt auch ein wenig erschlagen, sondern vernichtet werden. Und das hat er sich dann wirklich - und vollkommen zu recht - selbst zuzuschreiben, hat er diesen Hass doch in seiner arroganten Art heraufprovoziert. Da fällt es uns Rechtschaffenen auch wirklich schwer, nicht erzürnt zu sein, wenn er einfach nicht die verständnisinnige Inkarnation des Humanismus und Altruismus nach unserer Vorstellung geben will. Wir als Linke sind doch wirklich schwer beleidigt, dass nicht 'mal der Jude unsere konkursreifen Märklin-Eisenbahner-Träume des richtigen Lebens im leider Falschen umsetzt und im allgemeinen großen Morden denen zeigt, die das gerne bei ihm ausprobieren würden, dass er das auch kann. Da hat uns zwar der liebe Adorno schon vor Äonen ein Buch dazu geschrieben, aber diese vielen Buchstaben und keine Bilder, das ist doch wie bei diesem Marx - unzumutbar! Da halten wir doch lieber an unserer Anspruchshaltung gegenüber unseren imaginierten Besseren fest, weshalb dann prompt auch unsere Enttäuschung bizarre Wellen schlägt. Sie wird dann zuverlässig und in nicht allzu ferner Zukunft - und soviel Papst muss sein - das momentane Sind-Wir-Nicht-Alle-Ein-Bisschen-Obama ins traditionelle Böses-Amerika konsolidieren.

Wo bleibt denn unsere linke Welt ohne die Fixsterne des a priori Bösen, die in so vielen runden Köpfen dafür sorgen, dass das Denken keinesfalls die Richtung wechseln muss. Das sind Zäune, die länger sind als der inzwischen weit fortgeschrittene US-Versuch gegenüber Mexiko, auf dem Gebiet der Grenzbauten den Superlativ zu errichten, was allerdings schon auf Grund geographischer Voraussetzungen zum Scheitern verurteilt ist. Da hat der Chinese mit seiner Mauer einen Vorsprung, den nur noch das alte Europa zu toppen in der Lage ist. Und da sich Wasser immer noch schlecht mit Wällen, Mauern und Zäunen garnieren lässt, werden wir wohl regelmäßig weiter von lampedusanischem Lamento oder canarischem Gemecker belästigt werden, sollte da nicht bald eine tourismuskompatiblere Lösung funktionsfähig werden.

Die Welt ist eben eine einzige Enttäuschung! Auch in der ZAG-Redaktion ist's nicht anders! Da können wir zwar immer noch gazpromgewärmt von unserem Ponyhof grüßen, aber leider sind die Milliärdchen einer bundessubventionierte Lösung der schon seit dem letzten Frühjahr währenden ZAG-Finanzkrise die einmal mehr beweist, welche Vorreiterrolle die ZAG spielt - noch nicht auf unserem Konto eingetroffen, so dass sie sich bei dieser Ausgabe auch aufs Layout auswirkte, das dankenswerter Weise durch heldenhaften Noteinsatz zu Stande kam und dadurch das Erscheinen dieser Ausgabe ermöglichte.

So verbleiben wir vorerst im anderen Gewande
Eure ZAG



Kein Phänomen der Vergangenheit

Die Sklaverei kehrt zurück

I CLAUDIA PRINZ UND CHRISTIAN SCHRÖDER

Vor 200 Jahren wurde der Sklavenhandel in die britischen Kolonien verboten. Beendet war die Sklaverei damit nicht. Was als Phänomen vergangener Zeiten gilt, ist im Zeitalter der Globalisierung aktueller denn je: Heute gibt es weltweit mehr SklavInnen als in vier Jahrhunderten aus Afrika verschleppt wurden.

In der Nacht zum 23. August 1791 brannten die Zuckerrohr-Felder in der französischen Kolonie Saint Domingue, dem heutigen Haiti. In der reichsten aller karibischen Kolonien kämpfte SklavInnen für ihre Freiheit. Der Aufstand erfasste die gesamte Insel. Der Jahrestag dieser ersten Sklavenrevolte ist heute der »Internationale Tag der Erinnerung an den Sklavenhandel und seine Abschaffung«. Gedacht wird der Verschleppung von über elf Millionen AfrikanerInnen als SklavInnen in die karibischen und amerikanischen Kolonien in vier Jahrhunderten des transatlantischen Sklavenhandels. Die britische Regierung feierte am 25. März 2007 das 200-jährige Jubiläum der Abschaffung des Sklavenhandels in ihre Kolonien. Für ein internationales Verbot des Sklavenhandels kämpfte Großbritannien, vormals selbst einer der wichtigsten Sklavenhandelsstaaten, in den Jahrzehnten nach 1807. Internationale Abkommen und Maßnahmen gegen Sklaverei waren auch damals kaum durch- und umzusetzen.

BOOMENDE SKLAVEREI UND ZWANGSARBEIT

Sklavenhandel und Sklaverei sind keineswegs Phänomene der Vergangenheit, sondern aktueller denn je. »Mindestens 12,3 Millionen Männer, Frauen und Kinder weltweit arbeiten gegenwärtig unter Zwang oder sklavenähnlichen Bedingungen«, schätzt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Andere ExpertInnen gehen von weit höheren Zahlen aus. Der us-amerikanische Soziologe Kevin Bales rechnet mit etwa 27 Millionen Sklaven weltweit. Sie arbeiten als LandarbeiterInnen in Indien, in Holzkohlebrennereien im Westen Brasiliens, sind Kindersoldaten in Westafrika oder werden in Thailands Bordellen zur Sexarbeit gezwungen. Sie alle sind SklavInnen nach der Definition im Übereinkommen des Völkerbundes über Sklaverei von 1926. Es bezeichnet als Sklaverei »Zustand oder Stellung einer Person, an der die mit dem Eigentumsrecht verbundenen Befugnisse oder einzelne davon ausgeübt werden.«

SklavInnen sind der Kontrolle durch andere Personen unterworfen, meist auf Dauer. ZwangsarbeiterInnen sind es nicht. Sklaverei ist laut ILO-Definition eine spezielle Form von Zwangsarbeit. Während Zwangsarbeit durch Gewalt, ihre Androhung oder andere erpresserische

Mittel erzwungen wird, hat in sklavereiartigen Verhältnissen eine Person die absolute Kontrolle über eine andere Person. Der Soziologe Orlando Patterson beschreibt die Situation des Sklaven in seiner gleichlautenden historischen Studie der weltweiten Sklavenhaltergesellschaften als »sozialer Tod« (social death).
Moderne Sklaverei ist vielseitig. Ihre häufigste Form ist die Schuldknechtschaft. »Der Großteil«, so Bales, Präsident der NGO Free the Slaves, »vermutlich 15 bis 20 Millionen, arbeitet in Indien, Pakistan, Bangladesch und Nepal eine Schuld ab«. »Mittellose verpfänden sich für ein Darlehen, das sie mit ihrem Einkommen nie zurückzahlen können. In Nord- und Westafrika leben Millionen Menschen in Leibeigenschaft. Immer bedeutender wird die Vertragssklaverei in Südamerika und Südasien. ArbeiterInnen werden mit Verträgen angelockt, dann aber - obwohl formal lohnabhängig angestellt - gewaltsam gefangen gehalten und ausgebeutet. SklavInnen sind heute so billig wie nie zuvor. »Sklaverei ist nirgendwo legal, aber findet überall statt«, so die Einschätzung von Free the Slaves. »Im Gegensatz zur historischen Sklaverei, bei der es verbriefte Eigentumstitel an Sklaven gab«, so Bales, »läuft die moderne Sklaverei im Verborgenen ab«. Staatlich organisierte Sklaverei wird weitgehend abgelöst durch private Akteure. Und sie taucht kaum in offiziellen Statistiken auf.

VERSCHWIMMENDE GRENZEN

Sklaverei und Zwangsarbeit sind nicht nur ein Problem in Entwicklungsländern, sondern - das gehört zu den kaum thematisierten Dingen - auch in Industrieländern verbreitet. In ihrer Autobiographie »Sklavin« erzählt die Sudanesin Mende Nazer, wie sie als Zwölfjährige von Sklavenhändlern aus ihrem Dorf entführt und Haushaltssklavin wurde - erst in der sudanesischen Hauptstadt Khartum, später in einem Diplomatenhaushalt in London.
Der Arbeitsplatz Haushalt eignet sich aufgrund seiner Privatsphäre besonders für Ausbeutungsverhältnisse. Hausarbeiterinnen sind ungleich mehr gefährdet als andere ArbeitnehmerInnen. Nach Schätzungen der britischen Migrationsforscherin Bridget Anderson leben in London rund 1.000 Haushaltssklavinnen, in Paris sollen es 3.000 sein. Das Bekanntwerden schwerer Fälle von Haushaltssklaverei in Diplomatenhaushalten löste in der Vergangenheit mehrfach Skandale in Großbritannien aus. Ban Ying, das Berliner Beratungszentrum für Migrantinnen aus Südostasien, spricht von ähnlichen Verhältnissen in Diplomatenhaushalten in Deutschland. Auch für Deutschland sind zahlreiche Fälle dokumentiert, so beispielsweise Esmeralda E., die sich nach ihrer Tätigkeit als Hausangestellte in Hongkong, Riad und Taiwan 2001 über eine private Arbeitsvermittlungsagentur zu einem saudi-arabischen Diplomaten nach Deutschland vermitteln lässt. Der Arbeitgeber nimmt ihren Pass an sich. Sie wird in der Privatwohnung eingesperrt und muss 16 Stunden täglich, sieben Tage die Woche arbeiten. Ihren Lohn erhält sie nie. Ihre »Kollegin« muss dem Hausherrn sexuelle Dienste erfüllen - sie selbst bleibt verschont. Als sie 2003 flieht, wird sie in Abschiebehaft genommen. Im Frühjahr 2008 macht Ban Ying einen weiteren Fall in Berlin öffentlich: Ein jemenitischer Diplomat hat eine indonesische Hausangestellte viereinhalb Jahre unter sklavereiartigen Bedingungen gefangen gehalten und zur Arbeit gezwungen. Ihre Gefangenschaft endet erst, als sie mit einer Tuberkulose und nur noch 35 Kilo Körpergewicht in ein Berliner Krankenhaus eingeliefert wird und die Ärzte misstrauisch werden, weil der Kulturattaché darauf drängt, die völlig abgemagerte Frau trotz Krankheit wieder mitzunehmen.

In Deutschland setzen laut Jürgen Schupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung geschätzte vier Millionen Haushalte Haushaltshilfen ein, viele von ihnen sind MigrantInnen. Frauen aus Osteuropa bilden die größte Gruppe. Sie putzen, erziehen die Kinder, pflegen Alte und Kranke. Der Migrationsforscher Norbert Cyrus stellt klar, dass »extreme Ausbeutung die Ausnahme und nicht die Regel in diesem Bereich ist. Die Anwendung formaler Definitionen von Sklavenarbeit auf migrantische Hausarbeiterinnen ist problematisch.« Trotzdem, argumentiert Bridget Andersen, sind »die Erfahrungen mancher Arbeiterinnen denen von Sklavinnen vielleicht nicht unähnlich. Sie behauptet, dass »die Arbeitgeberin weniger die Arbeitskraft als vielmehr die Persönlichkeit der Hausarbeiterin zu kaufen versucht«. Denn das Verhältnis zwischen Arbeitnehmerin und ArbeitgeberIn ist stark personalisiert und besonders anfällig für personalisierte Formen der Macht.

AUSNUTZUNG IN GROSSEM STIL

MigrantInnen ohne legalen Aufenthaltsstatus oder Arbeitserlaubnis sind besonders gefährdet, in sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen zu landen. Globalisierung und das wachsende Wohlstandsgefälle verstärken die Arbeitsmigration und lassen das globale Angebot an potenziellen SklavInnen weiter steigen. ExpertInnen schätzen die Zahl der zurzeit in Deutschland beschäftigten MigrantInnen auf knapp eine Million. Sie kommen als TouristInnen, als Au Pair, AsylbewerberInnen, SaisonarbeiterInnen, Studierende oder reisen undokumentiert nach Deutschland ein. Je nach Aufenthaltsstatus ist der Arbeitsmarktzugang für sie beschränkt oder ganz versperrt. Illegalisierte MigrantInnen werden überall in Europa in großem Stil ausgenutzt. Besonders betroffen sind laut ILO neben der Haushaltsarbeit die Sex- und Unterhaltungsindustrie, die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelindustrie, das Baugewerbe, das Restaurant-, Hotel- und Gaststättengewerbe und der Produktionssektor.

Im September 2006 deckte der Journalist Fabrizio Gatti im italienischen Wochenmagazin L'Espresso auf, welche Arbeitsverhältnisse auf den Tomatenfeldern im süditalienischen Apulien herrschen. Undokumentierte WanderarbeiterInnen aus Afrika und Osteuropa sind der Willkür von Unternehmern und Aufsehern ausgeliefert. Die ErntehelferInnen erhalten für einen bis zu 16-stündigen Arbeitstag 15 bis 20 Euro. Sie müssen in Abrisshütten schlafen, oft ohne sauberes Trinkwasser. Bewaffnete Aufseher sorgen mit Prügeln und rassistischen Beleidigungen für ein unbarmherziges Arbeitstempo und zwingen Arbeiterinnen zum Sex. Unter vergleichbar miserablen Bedingungen arbeiten auch MigrantInnen aus Afrika in den Gewächshäusern im andalusischen Almería, nicht weit von den Touristenstränden entfernt. Die TagelöhnerInnen arbeiten oft ohne Vertrag. Sie können von heute auf morgen auf die Straße gesetzt werden. Viele arbeiten unter den glühend heißen Plastikplanen ohne Schutzkleidung und Mundschutz mit giftigen Pestiziden.
Nicht in jeder Form von Zwangsarbeit oder extremer Ausbeutung in Europa ist heute eine klassische Leibeigenschaft oder Schuldknechtschaft zu erkennen. Kernelemente von Sklaverei sind aber vorhanden: einen Menschen als Eigentum zu betrachten, ihn zu verkaufen, seine Freiheit einzuschränken, eine faktische Rechtlosigkeit herzustellen oder List, körperliche Gewalt oder Zwang auszuüben. Eindeutig um Sklaverei handelt es sich, sobald Schuldknechtschaft oder Menschenhandel hinzukommen.

MENSCHENHANDEL ODER ARBEITSMIGRATION?

Die ILO-Studie »Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in Deutschland« geht von rund 15.000 von Menschenhandel Betroffenen hierzulande aus. Auch in die USA werden jährlich rund 50.000 SklavInnen gehandelt. Laut Centre for the Study of Intelligence sind es weltweit zwischen 700.000 und zwei Millionen. Frauen und Mädchen machen über die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der wirtschaftlichen Ausbeutung aus. Von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung sind laut ILO fast ausschließlich Frauen betroffen. Rund 60 Prozent der Sexarbeiterinnen in Deutschland sind Migrantinnen aus allen Teilen der Welt.
Manche Frauenrechtsorganisationen wie agisra warnen jedoch davor, alle migrantischen Sexarbeiterinnen als Opfer von Frauenhandel einzustufen. Zwischen Menschenhandel und (bezahlter) Hilfe zur selbst gewählten Migration müsse getrennt werden. Menschenhandel liegt vor, wenn Täuschung, Drohungen oder Gewalt als Anwerbungsmittel eingesetzt werden und Menschen im Zielland unter sklavenähnlichen Bedingungen ausgebeutet werden. Viele Frauen wählen die Migration zum Zweck der Sexarbeit selbst. Sie sind keine Opfer von Frauenhandel, finden sich aber dennoch in Deutschland in Zwangsverhältnissen wieder. Die Kriminalisierung und Stigmatisierung migrantischer Sexarbeit verschlimmert ihre Situation. Eine Möglichkeit zu legaler Sexarbeit gibt es für illegalisierte Migrantinnen nicht. Ihre Rechtlosigkeit verstärkt die Abhängigkeit von ihren Ausbeutern. Wehren können sie sich kaum, wollen sie ihren Aufenthalt in Deutschland nicht gefährden. Abschiebungen nach Razzien in Bordellen sind Normalität. Selbst wer als Zeugin gegen Menschenhändler aussagt, erhält meist nur eine befristete Duldung bis Prozessende.

KAMPF GEGEN SKLAVEREI

Eines hat sich in 200 Jahren nicht verändert: Sklaverei ist ein transnationales Phänomen. Ihre Bekämpfung muss es deshalb auch sein. Schon 1926 verlangte der Völkerbund von den Unterzeichnerstaaten, »auf die vollständige Abschaffung der Sklaverei in all ihren Formen hinzuarbeiten«. Das ILO-Abkommen über Zwangsarbeit von 1930 verbietet diese zwar, die europäischen Kolonialmächte verlangen aber in ihren Kolonien Zwangsarbeit in großem Umfang. Mit dem Nationalsozialismus folgen in Europa Deportationen und Sklaverei in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Das ILO-Abkommen von 1957 setzt daher einen Schwerpunkt auf die Abschaffung staatlich organisierter Sklaven- und Zwangsarbeit. Die UNO wendet sich verstärkt sklavereiähnlichen Praktiken in den Staaten des Südens zu und konkretisiert diese Forderung in den folgenden Jahrzehnten. »Nationale Gesetze gegen den Menschenhandel sind schwammig, und nur selten arbeiten Länder zusammen«, ist Bales' Fazit nach langjährigem Kampf gegen Sklaverei.
Um so wichtiger sind internationale Organisationen für den Kampf gegen die Sklaverei. Ihm widmet sich besonders die ILO. Neben Berichten und länderspezifischen Sonderprogrammen – etwa Mikrokredite gegen Schuldknechtschaft – legt sie internationale Arbeits- und Sozialstandards fest. Doch die ILO ist auf deren Umsetzung durch ihre Mitgliedstaaten angewiesen. Und daran hapert es, denn über direkte Kontroll- und Sanktionsmechanismen verfügt die UN-Sonderorganisation nicht. Insbesondere für Industrieländer, die sich von Sklaverei nicht betroffen wähnen, konstatiert die ILO einen Teufelskreis: »keine eindeutige Gesetzgebung, geringe oder keine Mittel für die Strafverfolgung, begrenztes Bewusstsein oder begrenzte Publizität, daher kein Drängen nach eindeutiger Gesetzgebung«. »Trotz aller Lippenbekenntnisse und guten Absichten«, klagt Sklavereiexperte Bales, »ist klar, dass die meisten Regierungen des Westens sich mehr Sorgen über Softwarepiraterie oder den Import gefälschter Designeruhren als über den Sklavenhandel von heute machen.«

Mehrere große Nichtregierungsorganisationen haben sich des Themas Sklaverei angenommen. Anti-Slavery International (ASI), 1839 in London gegründet und damit die älteste Menschenrechtsorganisation der Welt, trug wesentlich zur Abschaffung der Sklaverei im britischen Empire, in den USA und Brasilien bei. Heute kämpft ASI gemeinsam mit der mauretanischen Organisation SOS Esclaves für die Abschaffung der Sklaverei im nordwestlichen Afrika. Bubakar Uld Messaud, Gründer und Präsident von SOS Esclaves, kann sich glücklich schätzen, dass Mauretanien am 8. August 2007 Sklaverei erstmals unter Strafe gestellt hat, nachdem vorherige Verbote nichts bewirkt haben. Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und Human Rights Watch leisten weltweit Aufklärungsarbeit. In London haben sich Haushaltsarbeiterinnen in der Selbsthilfeorganisation Waling-Waling zusammengeschlossen. Europaweit ist Waling-Waling mit anderen Gruppen wie der britischen NGO Kalayaan in dem Lobbynetzwerk RESPECT organisiert. Die Clean Clothes Campaign setzt sich für bessere Bedingungen im Textilsektor ein, in dem sklavereiähnliche Praktiken verbreitet sind. Auch Gewerkschaften engagieren sich etwa im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften im Kampf gegen die Sklaverei. Allerdings führen sklavenartige Arbeitsbedingungen in Indien oder Brasilien nicht zu Streiks in den Mutterkonzernen in Frankreich oder Spanien.

REPRESSIVE KONTROLLE VERSUS MENSCHENRECHTE

Doch all dies reicht zur Bekämpfung der Sklaverei nicht aus. In erster Linie müssen Arbeitsrechte und Opferschutz gestärkt und die Täter festgenommen und bestraft werden. Doch die Gesetzeslage in den meisten Staaten spiegelt diese Erkenntnisse nur unzureichend wider. Die Schutzlosigkeit von Migrantinnen ist eine Voraussetzung für ihre Ausbeutung oder Versklavung. Durch ihre Entrechtung und Verfolgung wird diese Situation noch verstärkt. Wer keine Rechte hat, kann sich schwer organisieren und zur Wehr setzen. Hierin liegt ein Grundproblem des internationalen Kampfes gegen Sklaverei: Nur zu häufig haben die Kontrolle von Migration und die Abschottung des Arbeitsmarktes eine höhere Priorität. Verhältnisse, unter denen Zwangsarbeit und Sklaverei möglich werden, werden so erst produziert. Die deutsche Regierung investiert seit Jahren erhebliche Mittel in die polizeiliche Migrationskontrolle und Arbeitsmarktinspektion. Sie setzt vor allem auch seit Inkrafttreten des Gesetzes gegen illegale Beschäftigung im August 2004 auf Kriminalisierung statt Menschenrechte. Während sie die Befugnisse der Polizei immer weiter ausweitet, werden die Rechte von undokumentiert Arbeitenden weder im Arbeits- und Sozialrecht noch im Straf- oder Einwanderungsrecht gestärkt.

Seit dem Sklavenaufstand in Haiti hat sich vieles getan. Über 300 Abkommen wurden im 200-jährigen Kampf gegen Sklaverei seit 1807 unterzeichnet. Beendet wurden Sklaverei und Sklavenhandel damit nicht. Die Bilanz zum Internationalen Tag der Erinnerung an den Sklavenhandel und seine Abschaffung fällt zwiespältig aus. ✖



Osteuropas rechte Ränder

Einleitung zum Schwerpunkt

▌ZAG

Als die kommunistischen Einheitsparteien gegen Ende der 1980er Jahre in den Ländern des Ostblocks nach und nach ihre Hegemonie verloren und abdankten, gab es in vielen dieser Länder die politische Hoffnung auf einen so genannten »dritten Weg« jenseits der Erfahrungen des realen Sozialismus und neoliberaler Verheißungen. Diese Hoffnungen zerschlugen sich schnell. Es fehlte weniger an Konzepten, denn an einer breiten Basis, die die Reformulierung einer Zivilgesellschaft, deren Individualisierung sich nicht im Verhältnis als Privateigentümer erschöpft, stützte.

Die vor allem im Westen als bürgerliche Revolutionen beschworenen Umbrüche waren selten mehr als eine orientierungslose Anpassung an veränderte historische Bedingungen: mit Beginn der 1980er Jahre konnte die zentralisierte Planwirtschaft des Ostblocks nicht mehr mit der kontinuierlichen Produktivitätssteigerung des während der 1970er Jahre neoliberal umstrukturierten Kapitalismus mithalten (im Gegensatz zu Zeiten des Fordismus, als zumindest in den 1950er Jahren für westliche Ökonomen zur Diskussion stand, welches Wirtschaftssystem das Rennen machen würde). Die großen Mängel einer zentralen Planwirtschaft wurden nun überdeutlich (beispielsweise in der DDR oder in Rumänien), jedoch blieb eine politische Reaktion der Machthabenden aus. Eine Umstrukturierung der Wirtschaft ließ sich nicht ohne eine politische Umstrukturierung bewerkstelligen. Zudem hätte diese in Richtung einer relativen Demokratisierung der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Verhältnisse weisen müssen. Dann aber kam Perestroika und Glasnost und für die Satellitenstaaten der Sowjetunion vor allem die Auflösung des Ostblocks und damit verbunden der politische Kollaps ihrer Regime. Die Gesichter, die nun auf der politischen Bühne erschienen, kamen aus der zweiten Reihe der alten Nomenklatura (wie beispielsweise in der DDR oder in Rumänien) oder waren bekannte Dissidenten, die ohne größere Umwege bürgerliche Verhältnisse schafften (beispielsweise in der damaligen Tschechoslowakei oder in Polen). Die Bevölkerung wiederum wollte konsumieren, was gut mit dem Interesse westlicher Staaten korrespondierte, ihre Absatzmärkte zu erweitern. Mit diesen Prozessen einher ging eine Nationalisierung und Fundamentalisierung in Religion, Gesellschaft und Politik. Nation, Religion und Konsum wurde immer offener zur Identifizierung der neuen Bürgergesellschaft in schärfster Abgrenzung des nun verteufelten Kommunismus herangezogen. Manifest wurde dies zum einen in der Spaltung beziehungsweise Zersplitterung verschiedener Staaten wie der Tschechoslowakei oder Jugoslawien und in einem offenen Wiedererstarken rassistischen (zeigt sich nicht zuletzt in den Verfolgungen und Ermordungen von ausländischen Studenten in Russland), antisemitischen (Schändungen von Grabmälern nahmen in vielen Ländern Osteuropas bereits während und nach den politischen Transformationen zu), antiziganistischen (zwischen 1990 und 1997 wurden in Tschechien 27 Roma von Rechtsextremisten ermordet) und homophoben (man denke an die Reaktion auf den CSD in Polen, Bulgarien, etc.) Hasses.

Schon zu Beginn der 1990er Jahre diskutierte man diese Entwicklungen als eventuelle Folgen des Transformationsprozesses, den die postkommunistischen Gesellschaften zu vollziehen hätten und in denen es zunächst viele Verlierer und nur wenige Gewinner gäbe. Zu Beginn dieses Jahrzehnts gesellte sich die These hinzu, dass es sich bei dieser rechten Radikalisierung nicht unwesentlicher Teile der Bevölkerungen bspw. in Polen, Tschechien oder Ungarn um Reaktionen auf die tief greifenden sozioökonomischen und soziokulturellen Modernisierungsprozesse handeln könnte. Zum Ende dieses Jahrzehnts zeigt sich jedoch, dass der sich etablierende Nationalchauvinismus übelster Provenience keineswegs allein dumpfer Protest gesellschaftlicher Verliererschichten ist. Vor allem in Russland mit seiner »gelenkten Demokratie« unter Schirmherrschaft Putins zeigt sich, dass die Transformation selbst zutiefst reaktionäre Züge in sich trägt. Nationalismus und Kapitalismus werden nicht nur immer unverhohlener propagiert, sondern legislativ und exekutiv politisch durchgesetzt. Faschistische Gruppierungen haben hier wenig zu fürchten. Im Gegenteil: Die postfaschistische Rechte in Russland, aber auch in den Ländern Osteuropas ist gut organisiert und weltweit bestens vernetzt. Sie hat über Verlage, Zeitungen und Parteien in den meisten Ländern feste Strukturen ausgebildet. 2007 konnte sich in Ungarn aller Proteste zum Trotz gar eine paramilitärische Nationalgarde gründen – interessanterweise mit dem Segen dreier Geistlicher (der unierten, der protestantischen und der katholischen Kirche). In Polen haben die Katschinski-Brüder zudem sondiert, mit wie viel religiösem Chauvinismus sich bürgerlich legitimierte Politik betreiben lässt. Als gesellschaftspolitisches Problem wird »Rechtsextremismus« dagegen in der Öffentlichkeit und den etablierten Parteien nur sehr verhalten wahrgenommen, geschweige denn diskutiert. Die politischen Eliten geben sich noch unbesorgt. Dies mag um einen an ihrem eigenen Nationalismus, Antiziganismus, Antisemitismus, etc. liegen. Zum anderen an der Angst um das Wählerklientel, das die Polarisierung liebt, auf die rechtsradikale Parteien mit ihrer Hetze abzielen.

Gewidmet sei diese Ausgabe allen Opfern die durch Fremdenhass, Hass gegen Roma, Hass gegen Juden oder Hass gegen gleichgeschlechtliche Liebe in Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Russland, Bulgarien, Litauen ... um ihr Leben kamen. ✖

Rechtsruck in Ungarn

Rechtsextremes Gedankengut ist salonfähig, die »Ungarische Garde« marschiert trotz Verbotes

I STEPHAN OZSVÁTH (ARD, N-OST E.V.)

»Ich heiße István Demeter und ich bin der Kapitän«, sagt der schnauzbärtige Mann mit Kapitänsmütze. Und die Fahrt mit der »Katalin II.« über einen Seitenarm der Körös kann losgehen. Es ist heiß, fast 40 Grad. Das Ausflugsschiff ist voll: ungarische Familien, die den Ausflug in das Arboretum des südostungarischen Szarvas mit einer kleinen Schiffsfahrt verbinden. Bootsstege, Schwimmer, ja sogar ein paar Schildkröten auf einem Baumstamm ziehen vorbei. »Jetzt bitte die Kinder nach vorn«, ruft der Kapitän, setzt einem Kind nach dem anderen die Kapitänsmütze auf. Eins nach dem anderen steuert das Schiff. Das gibt István Demeter Zeit für seine ganz persönliche Show. »Hier ist die Mitte Ungarns«, verkündet der Mann über Mikrophon, obwohl das 16.000-Einwohner-Städtchen Szarvas nur 70 Kilometer von der rumänischen Grenze entfernt liegt. István Demeter bezieht sich auf eine andere Zeit: die Zeit vor dem ersten Weltkrieg, als Siebenbürgen, die Vojvodina, Teile der Slowakei und der Ukraine noch zu Ungarn gehörten. »Wenn der liebe Gott will«, predigt Demeter, »werden wir Ungarn einst wieder vereint sein.« Schnell wird klar: Die Schiffstour wird zur Propaganda-Veranstaltung eines Rechtsextremen. Demeter bezieht die Passagiere in ein krudes Ratespiel ein. »Ich bin Kapitän«, sagt er, »aber nennen Sie mir einen noch berühmteren!«, Brav kommen die Antworten. »Admiral Horthy!« gibt er schließlich die richtige Antwort. »Er hat den Briten in der Seeschlacht von Otranto gezeigt, was ungarische Kriegskunst ist«. Nebenbei hat der Reichsverweser Horthy noch Judengesetze erlassen, Pogrome gegen Slowaken befehligt und Ungarn zur Waffenbrüderschaft mit Hitler geführt – um die verlorenen ungarischen Gebiete in den Anrainerstaaten zurück zu gewinnen. 50 Kilometer entfernt, in Kenderes, hat der Admiral in der Familiengruft seine letzte Ruhe gefunden. Die Atmosphäre an Bord wird immer munterer. Nur wenige murren. Alle schwitzen. Dann holt Demeter die Schlüsselanhänger hervor. Sie zeigen Groß-Ungarn in den Grenzen vor 1920. »Nur 450 Forint, in Budapest bezahlen Sie deutlich mehr«, preist Demeter seine Ware an. Er muss nicht lange werben. Die patriotischen Anhänger finden reißenden Absatz. Kein Wunder: Die ungarische Gesellschaft ist auf Kurs strammrechts. Die Budapester Innenstadt fällt in die Hände jüdischer Immobilienhaie, glaubt manch einer, der das auch offen sagt. Nach einer Umfrage der »International School Psychology Association« würde sich jeder zweite ungarische Pennäler nicht neben einen Roma-Mitschüler setzen. Klischees wie »Roma sind faul und wollen nicht arbeiten« werden nicht nur hinter vorgehaltener Hand geäußert. »Ich verdiene die Stütze, von der ihr lebt«, heißt es in einem Nazi-Rock-Song, veröffentlicht im Online-Portal »You Tube«. Die bekannteste ungarische Rechtsrock-Band »Kárpátia« füllt Stadien. Überall im Land hängen Tournee-Plakate: die Trikolore, darauf der Name der Band. »Ungar erwache« heißt ein Song, als MP3-File von der Internet-Seite bequem herunterzuladen. Das Intro wird von Kindern gesprochen: »Ich glaube an einen Gott, an ein Vaterland und an Ungarns Auferstehung«. Es ist ein patriotisches Gebet, das in der Zwischenkriegszeit an allen ungarischen Schulen Pflicht war – ein religiös überhöhter Traum von Großungarn.

TRAUMA TRIANON

»Weg mit Trianon – unsere Fahne wird siegen«, singt auch die Band »Romantikus Erőszak« (Romantische Gewalt). Der Friedensvertrag von Trianon ist im ungarischen Geschichtsverständnis die große Wunde. Nach dem ersten Weltkrieg verlor Ungarn zwei Drittel seines Territoriums – und fast 3 Millionen Ungarn bekamen einen neuen Pass. Die ungarische Rechtsextreme will die Gebiete zurück. »Trianon ist eine Art emotionaler Zement, der diese Leute zusammenhält«, sagt Endre Bojtár, Chefredakteur der linksliberalen Wochenzeitung »Magyar Narancs«. Ansonsten hat er das übliche gedankliche Repertoire Rechtsextremer auch in Ungarn ausgemacht: »Sie sind gegen den Westen, gegen Europa, gegen Liberale, gegen Juden, gegen Rumänen, gegen Russen, gegen Zigeuner«.

Prominente Figur der Rechtsextremen ist die Juristin und Dozentin an der Budapester Eötvös-Loránt-Universität, Krisztina Morvai. Sie war früher Mitglied des UN-Komitees für Frauen und Menschenrechte. Sie will im Juni bei den Europawahlen für die rechtsextreme Partei »Jobbik« ins Europaparlament. Und sie kündigte bereits im September 2008 an, sie wolle dort »kein Diener der EU« sein, sondern in erster Linie die nationalen Interessen Ungarns vertreten. Beobachter in Ungarn halten es für möglich, dass »Jobbik« (Die Besseren/die Rechteren) als »lachende Dritte« neben den Sozialisten und Rechtskonservativen ins Straßburger Parlament kommen könnten.

RECHTSEXTREME IM PARLAMENT BISLANG OHNE GROSSEN EINFLUSS

Auf 12 Prozent beziffert der Budapester Soziologe Pál Tamás das rechtsextreme Wählerpotential in Ungarn. »Das sind Männer um die 30, die vor der Wende große Träume hatten, die sich nicht erfüllt haben«, sagt er. Ein Potential, auf das etwa der rechtskonservative Bürgerbund FIDESZ unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Viktor Orbán setzt. Immer wieder gibt es rechtsextreme Ausfälle seiner Parteimitglieder. Ihm selbst wirft die sozialistische Minderheits-Regierung von Ministerpräsident Gyurcsány – zu Recht – vor, sich nicht genügend von den Umtrieben der »Garde« und »Jobbik« zu distanzieren. Im Budapester Parlament hatten rechtsextreme Parteien nach der Wende bisher keinen großen Einfluss. Die »Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei« (MIÈP) unter Führung des Antisemi-

ten István Csurka konnte sich nur einmal dort breit machen. Auch die 2-Prozent-Partei »Jobbik« schaffte es nicht bis in das markante Gebäude am Donau-Ufer - auch nicht in einem Bündnis mit MIÈP. Aber in regionale und kommunale Gremien. In der zweitgrößten Stadt Debrecen sitzen sie mit in der Stadtregierung. Im 9. Budapester Bezirk brachte es »Jobbik« unlängst auf 8,5 Prozent der Wählerstimmen. Dort schafften es Rechtsextreme mit Drohungen auch, dass die liberale Abgeordnete Emese John ihren Posten als Verordnete gar nicht erst antrat. Die hochschwangere Politikerin des SZDSZ hatte Morddrohungen der sogenannten »Pfeile Ungarns« erhalten. Emese John steht schon lange auf einer Schwarzen Liste der Rechtsextremen, weil sie sich für ein gemeinsames ungarisch-slowakisches Geschichtsbuch einsetzt. Sie begründet ihr Engagement damit, dass die Erinnerungskultur ausschließlich auf nationalen Geschichtsbüchern basiere, doch sei die Geschichte Ungarns und der Anrainer-Staaten eine gemeinsame. Ihr Fazit: »Es ist sehr wichtig, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, aber dazu sollen wir uns unbedingt die Brille der Nachbarn ausleihen, um uns selbst besser sehen zu können.« In den Augen der ungarischen Rechtsextremen ist das Vaterlandsverrat.

DIE PARTEIARMEE »UNGARISCHE GARDE«

Ende August 2007 gründete die junge Partei »Jobbik« einen paramilitärischen Ableger: die »Ungarische Garde«. Die ersten 56 Mitglieder legten direkt vor dem Präsidentenpalast auf dem Burgberg von Budapest ihren Fahneneid ab. Sie erhielten ihre Mitgliedsausweise von Lajos Für, dem Verteidigungsminister der ersten Nachwende-Regierung. Ein bekannter Schauspieler sprach den Fahneneid vor. Geistliche der Konfessionen segneten die Fahne mit dem Löwen, und Mária Wittner, Parlamentsabgeordnete des rechtskonservativen Bürgerbundes Fidesz, sprach von »Heimatliebe« und »wahrem Ungartum«. Wittner ist eine Ikone des 1956er-Aufstandes. Die Näherin war als aktiv Beteiligte zum Tode verurteilt und später begnadigt worden. Sie lässt keine Veranstaltung von »Jobbik« aus. Staatspräsident László Sólyom sagte in einem Interview mit der FAZ auf die Frage nach einer Bannmeile: »Der Präsident hat keine Angst vor den Bürgern. Daher finden sogar Veranstaltungen statt, die ich schwer missbillige oder verurteile, die jedoch von Rechts wegen nicht verboten werden können.« So denken viele in Ungarn. Nach den Jahrzehnten der Unfreiheit gelten demokratische Freiheiten wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit als heilige Kühe. Eine Art Volksverhetzungsparagraph nach deutschem Vorbild, der die Minderheiten besser schützen könnte, wurde im Sommer 2008 vom ungarischen Verfassungsgericht zunächst gekippt. Die Richter glauben an die Selbstheilungskräfte der ungarischen Gesellschaft. Der »Verkünder solcher Botschaften stellt sich mit seiner Meinung selbst an den Rand der Gesellschaft«, heißt es in der Urteilsbegründung.

Der Staatspräsident László Sólyom hatte das Gesetz zuvor wegen Verfassungsbedenken nicht unterzeichnen wollen. Im Interview mit der FAZ begründete er seine Bedenken gegenüber Gesetzesverschärfungen so: »Wir sehen am Beispiel anderer Rechtsstaaten, dass das Recht in solchen Fällen weniger zu erreichen vermag, als die Politik. Ich möchte das Gewicht zunächst auf die politische Bekämpfung dieser Bewegungen legen.« Das Nein der Verfassungsrichter zum Volksverhetzungsparagraphen sei ein Freibrief für Antisemiten und Romahasser, meint der Sozialist Gergely Bárándy, er ist ein Befürworter des Gesetzes gegen »Hassreden«. Es sei nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts möglich, »Juden und Roma öffentlich und ungestraft zu beleidigen«, so Bárándy. Das aber schade dem EU-Mitglied Ungarn auch auf internationalem Parkett, meint Ernö Lazarovics. Der Holocaust-Überlebende vertritt die ungarischen jüdischen Gemeinden im Ausland. Er sagt: »Antisemitismus ist nicht gut für das Renommee.« Das weiß auch der Staatspräsident, der im FAZ-Interview einräumte, das Spektakel auf dem Burgberg sei ein »kommunikatorischer Sieg der Radikalen gewesen«. Seitdem beherrschten sie den symbolischen Raum.

Und nicht nur den. Seit dem rechtsextremen Hochamt auf dem Burgberg von Buda marschiert die »Ungarische Garde« durch ungarische Dörfer und Stadtviertel mit hohem Roma-Anteil, wettert gegen »Zigeunerkriminalität« und setzt sich dafür ein, dass Roma-Kinder und die der anderen Ungarn in der Schule voneinander getrennt werden. Roma-Spezialeinheiten bei der Polizei und die Wiedereinführung der Todesstrafe stehen im Forderungskatalog. Anführer der »Ungarischen Garde« ist der 30jährige Gábor Vona. Er ist gleichzeitig auch Parteichef der rechtsextremen Splitterpartei »Jobbik«. Sie ist vor allem im studentischen Milieu verankert. Auf der Straße sind die Gardisten ungemein präsent - durch permanente Aufmärsche, aber auch durch Gewalttaten. Anlässlich der »Gay Pride Parade« in Budapest etwa im Juni 2008 griffen die Rechtsextremen Demonstrationsteilnehmer mit Eiern und Säure an, homosexuelle Politiker wurden durch die Straßen der ungarischen Hauptstadt gehetzt. Der für den Schutz der Minderheiten zuständige Ombudsman Ernö Kállai vergleicht die Kampagnen mit denen gegen Roma und Juden, »das Suchen nach Sündenböcken und die breite gesellschaftliche Unterstützung« mit der Situation in Deutschland in den 30er Jahren, als die Braunhemden der SA durch deutsche Städte marschierten. Er wirft den ungarischen Politikern vor, »die Gefahr dieser Entwicklung und die Notwendigkeit, diese aufzuhalten«, nicht erkannt zu haben.

JURISTISCHES VORGEHEN GEGEN DIE »UNGARISCHE GARDE«

Nach anderthalb Jahren Unwesen hat die »Ungarische Garde« im Dezember 2008 einen Dämpfer vom Stadtgericht Budapest bekommen. Es verbot den Trägerverein. Immerhin. Das hat die Garde jedoch nicht daran gehindert, weiter zu marschieren. Vor der israelischen Botschaft in Budapest protestierten Garde-Mitglieder gegen das israelische Vorgehen im Gaza-Streifen, vor dem Parlament schlüpften sie in die Rolle der armen Opfer, die vom Staat eins auf die Mütze kriegen. Doch »Jobbik«-Chef und Garde-Gründer Gábor Vona kündigte an, zur Not »das gleiche Anliegen unter anderem Namen« weiter zu tragen. Doch erst einmal gingen die Rechtsextremen in Revision. Eine Entscheidung steht noch aus.

INTERNE QUERELEN

Zunehmend gibt es auch internen Ärger. Im Herbst nahm der Kommandant der »Ungarischen Garde«, der ehemalige Offizier István Dósa seinen Hut. Er fand die ganze Veranstaltung zu rechtsextrem - er wünschte sich mehr Ungarntümelei und weniger rechtsextreme Militanz. Anfang Januar traten drei Gründungsmitglieder aus »Jobbik« aus. Sie begründen ihren Schritt mit der Gründung der »Ungarischen Garde«. Alle Gelder der Partei flössen dahin. Es werde nicht geprüft, wer da überhaupt eintrete. Und David Kovács, Ervin Nagy und Márton Fari fragten sich, ob »Jobbik« auf Dauer Einfluss auf die Garde nehmen könne. Die »Jobbik«-Führung gefährde die Verwirklichung der politischen Interessen der Partei. Eine klare Kritik am Parteichef Gábor Vona. ✖

Russischer Nationalismus und der postsowjetische politische Diskurs

Ein Überblick bis hin zu den jüngsten Entwicklungen

DR. DR. ANDREAS UMLAND, KATHOLISCHE UNIVERSITÄT EICHSTÄTT-INGOLSTADT

Die Intervention Moskaus im Kaukasus vom August 2008 hat nochmals die wachsende Bedeutung nationalistischer Elemente in der Ideologie, öffentlichen Diskussion und außenpolitischen Doktrin Russlands deutlich gemacht.

DIE URSPRÜNGE DES NEUEN RUSSISCHEN NATIONALISMUS

Die Wurzeln des erstarkenden Nationalismus sind dreifacher Art: präsowjetisch, sowjetisch und postsowjetisch. Die Vorstellung von »Moskau als drittem Rom«, also von einer »russischen Mission« in der Weltgeschichte, ist mehrere Jahrhunderte alt. Russischer Nationalismus war seit den 1930er Jahren – entgegen einem verbreiteten Glauben im Westen – ein wichtiges Element der Sowjetideologie. Wie im frühen 19. Jahrhundert, als Moskaus so genannte Slavophile Ideen der deutschen Romantik und Philosophie adaptierten, verwenden die verschiedenen heutigen nationalistischen Bewegungen in Russland trotz ihrer antiwestlichen Programme auch eine Vielzahl ideologischer Importe aus dem Westen, so etwa die Ideen der deutschen »Konservativen Revolution« und französischen »Neuen Rechten«. Ein weiterer Faktor, der das Aufleben nationalistischen Denkens begünstigt hat, ist die an sowjetischen Schulen und Universitäten vermittelte dualistische Weltsicht, die scharf zwischen »uns« und »denen« unterscheidet. Obwohl sich die Definitionen des »Wir« und des »Anderen« verändern mussten, haben einige sowjetische Stereotype, beispielsweise die USA betreffend, die Glasnost-Ära überdauert. Die Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdgruppen hat sich verstärkt.

EINE NEUE SENSIBILISIERUNG BEZÜGLICH RECHTSEXTREMER TENDENZEN?

Wurden die zunehmenden rechtsradikalen Tendenzen in der Parteienlandschaft und Jugendkultur von der russischen Öffentlichkeit lange Zeit ignoriert, so werden sie mittlerweile zumindest teilweise zur Kenntnis genommen und Gegenmaßnahmen debattiert. Russische Gerichte, bislang berüchtigt für ihr milde Rechtssprechung gegenüber Ultranationalisten, beugen sich zunehmend dem Druck der Öffentlichkeit bzw. Präsidialadministration und wenden den Fremdenfeindlichkeitsparagrafen des russischen Strafrechts häufiger an als in den 1990er Jahren. Ebenfalls vielversprechende Entwicklungen waren die scharfen Reaktionen von Regierungsstellen auf eine fremdenfeindliche Kampagne der Parteienallianz Rodina (Heimat) im Vorfeld der Wahlen zum Moskauer Stadtparlament 2005 und verschiedene Maßnahmen gegen die oft tödlichen Naziskinhead-Angriffe gegen Immigranten und Gaststudenten. In den diesbezüglichen offiziellen Stellungnahmen wird häufig auf das »antifaschistische Erbe« der Sowjetunion und die vorgeblich tief verwurzelte Aversion des russischen Volks gegen den Faschismus verwiesen.

AMBIVALENTE REAKTIONEN

Trotz solcher ermutigender Signale nehmen die vom Kreml kontrollierten Massenmedien eine insgesamt zwiespältige Haltung gegenüber rechtsradikalen Tendenzen ein. Wenngleich offener Antisemitismus und gewaltförmiger Rassismus häufig kritisiert und gebrandmarkt werden, sind xenophobe Denkmuster regelmäßiger Bestandteil der Auslandsberichterstattung und politischen Kommentare im Staatsfernsehen. Neben den traditionellen antiwestlichen, antibaltischen, antiziganistischen und antipolnischen Reflexen, wird dies in zunehmendem Maße an Vorurteilen gegenüber Ukrainern, Kaukasiern und zuletzt insbesondere Geogiern deutlich. Platz eins unter den von den staatlich kontrollierten Massenmedien projizierten »Feinden Russlands« halten die USA. Ein primitiver und abgrundtiefer Antiamerikanismus wird allwöchentlich in einflussreichen TV-Politshows wie Odnako (»Dennoch«, moderiert von Michail Leontjew), Realnaja politika (»Realpolitik«, moderiert von Gleb Pawlowskij) oder Post Scriptum (moderiert von Alexej Puschkow) propagiert. Der Antiamerikanismus wird zum außenpolitischen Paradigma in welchem die USA für den Großteil der Missgeschicke und Fehlschläge der jüngeren Geschichte Russlands, ja der gesamten Welt verantwortlich gemacht werden. Die US-amerikanische Gesellschaft mutiert zum »negativen

Anderen« der russischen Kultur: die Amerikaner sind, was die Russen nicht sind und umgekehrt. Merkwürdigerweise ist Deutschland - als jenes Land, das Russland in der jüngeren Geschichte den größten Schaden zugefügt hat - häufig von dieser paranoiden Wahrnehmung der Welt ausgenommen. Dies hängt offenbar nicht zuletzt mit den besonderen Präferenzen Putins zusammen und ist eine Sichtweise, die durch die unorthodoxe Russland-Politik von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder begünstigt wurde.

Darüber hinaus sind der Regierung nahestehende ultranationalistische Gruppen, trotz zunehmender öffentlicher Kritik am Rechtsextremismus als solchem, von den Verunglimpfungskampagnen des Kremls ausgenommen. Dies gilt etwa für Shirinowskijs so genannte Liberal-Demokratische Partei - obwohl viele Äußerungen Shirinowskijs und seines Anhangs ähnlich Xenophobie in der Bevölkerung schüren, wie die vom Staat verfolgten Gruppierungen. In seinem notorischen Pamphlet »Der letzte Sprung nach Süden« von 1993 beispielsweise macht der studierte Turkologe Shirinowskij die »Südler« (d.h. vor allem das muslimisch geprägte Asien) für die meisten historischen und aktuellen Probleme Russlands verantwortlich und schlägt die Einverleibung der Türkei, des Irans und Afghanistans in ein neu zu errichtendes russisches Imperium vor. Nichtsdestotrotz wurde Shirinowskij 2006 von Putin persönlich der »Orden für die Verdienste um das Vaterland« 4. Grades verliehen.

Hauptgrund für den uneindeutigen Umgang der russischen Führung mit dem Ultranationalismus scheint zu sein, dass die Politiktechnologen des Kreml in der Manipulation nationalistischer Tendenzen ein Instrument zur Steuerung des allgemeinen politischen Diskurses in Russland gefunden haben. In der Schönen Neuen Welt des Kreml stehen Putin und sein Anhang nicht im Wettkampf mit alternativen politischen Programmen oder Parteien. Die Gegenpole zur aktuellen Regierung bilden nicht Sozialisten, Liberale oder andere politische Bewegungen. Vielmehr wird die russische Führung tschetschenischen Terroristen, estnischen Faschisten, georgischen Russlandhassern, ukrainischen Neonazis, US-amerikanischen Imperialisten und westlichen Verschwörern allgemein - also einer Vielzahl von Gruppierungen, die danach trachten Russland zu zerstören, aufzuteilen oder zumindest zu demütigen - entgegengestellt. In einer derart aufgepeitschten Atmosphäre erscheint es nur logisch, dass Gegner von Putins Kurs nicht als legitime oder gar nützliche politische Opposition anerkannt werden. Stattdessen werden Oppositionelle als die »Fünfte Kolonne« des Westens gebrandmarkt, welche, in Putins Worten, »die Botschaften fremder Staaten wie Schakale umschleichen«.

So hat der Kreml leichtes Spiel: Wenn die Regierung damit beschäftigt ist, die Integrität und Würde des Landes zu verteidigen, müssen demokratische Feinheiten wie unabhängige Massenmedien, pluralistische öffentliche Debatten oder faire Konkurrenz der politischen Parteien zurückstehen. Anstatt darüber zu debattieren, welche die beste wirtschafts- und sozialpolitische Zukunftsstrategie für Russland sein könnte, suchen politische Diskussionsteilnehmer nach Vorwänden, ihre Opponenten zu Feinden des russischen Staates und Volkes abzustempeln.

VERIRRUNGEN DER INTELLIGENZIJA

Neben derlei Tendenzen in der breiteren Öffentlichkeit sind ähnlich widersprüchliche Entwicklungen im Diskurs der Eliten und politischen Experten zu beobachten. Auf der einen Seite treibt die politische Führung die Integration Russlands in westliche Organisationen wie die G8 oder Welthandelsorganisation voran. Andererseits sind politische Debatten unter Intellektuellen von einem immer stärker werdenden antiwestlichen Grundkonsens geprägt, der sich oft als »eurasisch« versteht und dessen Essenz in der Annahme besteht, dass Russland »anders« als die USA ist und die Rolle ihres natürlichen Gegenparts auf der Weltbühne spielt.

Der russische Buchmarkt ist voll von politischen Schmähschriften, die durch pathologischen Antiamerikanismus, absurde Verschwörungstheorien, apokalyptische Zukunftsvisionen und bizarre Wiedergeburtsfantasien gekennzeichnet sind. Unter den mehr oder weniger breit rezipierten Autoren solcher Gebräue finden sich Sergej Kurginijan, Igor Scharafewitsch, Oleg Platonow, Maxim Kalaschnikow (alias Wladimir Kutscherenko) oder Sergej Kara-Mursa.

Ein Hauptunterschied zwischen Nationalismen russischer und westlicher Spielart ist vor diesem Hintergrund, dass sich der intellektuelle und politische Mainstream der Staaten des heutigen Westens für gewöhnlich mehr oder weniger deutlich von den jeweiligen - teilweise ebenfalls

starken – ultranationalistischen Bewegungen distanziert. Obwohl sich auch der russische Mainstream mit der Verurteilung rassistischer Gewalt beeilt, bleibt sein Verhältnis zum Weltbild und Literatur, die hinter diesen Taten steht, ambivalent. So nehmen Autoren mit für westliche Verhältnisse indiskutablen Positionen, wie etwa der ultranationalistische Publizist Alexander Prochanow, in Russland problemlos an politischen und intellektuellen Debatten zur besten Sendezeit teil. Die bizarren pseudowissenschaftlichen Gedanken des verstorbenen neorassistischen Gelehrten Lew Gumiljow sind Pflichtlektüre an Russlands mittleren und höheren Schulen. Gumiljow lehrt unter anderem, dass die Weltgeschichte vom Aufstieg und Fall von Ethnien bestimmt wird – ein Prozess, welcher wiederum von durch kosmische Strahlung induzierten biologischen Impulsen hervorgerufen wird.

DAS POSTSOWJETISCHE FASCHISMUSKONZEPT

Der im Westen bereits hinlänglich bekannte und wichtigste derartige Ideologe ist der neofaschische Publizist und Professor der Moskauer Staatlichen Universität Alexander Dugin (geb. 1962), der in den Neunzigern wiederholt das Dritte Reich, die SS, das Institut »Ahnenerbe« usw. pries. Die Tatsache, dass Dugin bis dato von den Kreml-kontrollierten Medien und seinen politischen Gegnern verschont wurde, hat nicht nur etwas mit seiner Selbststilisierung als »radikaler Zentrist« und fanatischer Unterstützer Putins oder mit seiner Fähigkeit, die Sympathien der russischen politischen Nomenklatur auf sich zu vereinen, zu tun. Er hat es bisher auch vermocht, Faschismus-Vorwürfen aus dem Weg zu gehen, indem er seine Schriften und sein öffentliches Image dem von der sowjetischen Propaganda übernommenen verzerrten Faschismus-Konzept angepasst hat. Im postsowjetischen Diskurs wird Faschismus dem deutschen Nationalsozialismus und seinen Symbolen, wie Hakenkreuz und Hitlergruß, gleichgesetzt. Teilweise wird so weit gegangen, den Begriff Faschismus auf alle als anti-russisch identifizierten Ideen anzuwenden, wodurch sich der Terminus paradoxerweise zu einem rhetorischen Instrument in der xenophoben Agitation russischer Ultranationalisten wandelt.
Wie das Beispiel Dugin illustriert, reicht es – vor dem Hintergrund des eigenartigen Faschismusverständnisses im postsowjetischen Russland – aus, sich rhetorisch von den größten Verbrechen Hitler-Deutschlands zu distanzieren und von der Verwendung offenkundiger Nazi-Symbole abzusehen, um eine öffentliche Stigmatisierung als Faschist zu vermeiden. Dies würde zumindest erklären, warum einerseits neonazistische Organisationen wie die Russische Nationale Einheit Alexander Barkaschows oder Skinhead-Gruppen lautstark von der Regierung und den Gerichten Russlands unterdrückt werden, während andererseits ultra-nationalistische Autoren, die in ihrer Rhetorik nicht weniger radikal auftreten, nicht nur toleriert sind, sondern ungehinderten Zugang zu öffentlichen Plattformen genießen und teilweise eine aktive Rolle in den PR-Projekten der Polittechnologen des Kremls spielen.

1984 – DÉJÀ VU

Ein weiterer begünstigender Faktor für Dugin und vergleichbare Publizisten ist die Rückkehr der russischen Führung zu quasi-orwellschen Formen der Organisation öffentlicher Debatten. Die regierungsgesteuerte politische Berichterstattung in den Massenmedien ist zu einer Aneinanderreihung von nationalpatriotischen Happenings geworden, in denen internationale Ereignisse jedweder Art – ein Gipfeltreffen zwischen Russland und China, der Auftritt russischer Athleten bei den Olympischen Spielen, die »Orange Revolution« oder der Auslandserfolg eines russischen Fantasyfilms – zum kollektiven Triumph respektive geteilter Demütigung der russischen Nation und ihrer getreuen Führung zugespitzt werden. Oberflächliche und emotionale öffentliche Debatten, die mitunter in bizarren Schreiwettkämpfen unter Teilnehmern von Fernsehshows enden, ersetzen seriöse Analysen. Politische Kommentare sind auf das »Hier und Jetzt« fixiert, was im Fall Dugins dazu beigetragen haben dürfte, dass dessen profaschistische Äußerungen aus den 1990ern in Vergessenheit geraten sind. Die gebetsmühlenartige Verunglimpfung des Westens, welche die russische Auslandsberichterstattung seit Jahren begleitet, erweitert das Spielfeld für anti-westliche Agitation und fördert damit auch die Verbreitung der Ideen von neofaschistischen Theoretikern wie Dugin.

AUSBLICK

Wird die in den letzten Jahren neugewonnene russische Sensibilisierung bezüglich ultranationalistischer Tendenzen zu einer nachhaltigen Rückbesinnung auf tolerante und liberale Aspekte in der politischen Tradition Russlands führen? Oder ist die wiederholte demonstrative Stigmatisierung neofaschistischer Gruppen und Ideen durch den Kreml wenig mehr als eine Episode in Moskaus wechselhaften Medienkampagnen?
Es lassen sich zwei gegenläufige Trends identifizieren – ein ideologischer und ein pragmatischer – deren Kollision ein gewisses Maß an Kontroversen in den ansonsten langweiligen öffentlichen Debatten Russlands wiederhergestellt hat. Einerseits erfüllt die von Putins nationalistischer Gefolgschaft eingeführte dualistische Weltsicht – der Kampf der einfachen, aber ehrlichen Russen gegen den verschlagenen, seelenlosen und imperialistischen Westen – eine wichtige Funktion für die Legitimation des »harten« Kurses des »wiedererstehenden« Russland. Die offiziell geförderte Paranoia öffnet jedoch gleichzeitig die Schleusen für radikale Schlussfolgerungen. Vor dem Hintergrund der Darstellung der USA als einer Art Antithese zur russischen Kultur überrascht es nicht, wenn jugendliche Schlägerbanden auf ihre Weise eine »Amerikanisierung« der russischen Gesellschaft zu verhindern suchen. Der dadurch angerichtete Schaden für das internationale Image Russlands wiederum steht im Widerspruch zu dem ebenfalls starken Verlangen des Landes nach Respekt auf internationaler Ebene, nach Partnerschaft mit vielen asiatischen und europäischen Ländern sowie nach einem gebührenden Platz in der »zivilisierten Welt« – so der in Russland bevorzugte Begriff für die Gemeinschaft der ökonomisch hochentwickelten demokratischen Staaten in Ost und West.
Überdies scheint die Kreml-Führung Einwanderung großen Umfangs als Weg anzusehen, die rapide schwindende Population der Russischen Föderation aufzufüllen – was wiederum zu neuen, potentiell explosiven Spannungen führen wird. Nicht zuletzt stehen der fanatische Antiamerikanismus und die proiranischen Positionen Dugins und ähnlicher kremlnaher Publizisten im Widerspruch zu einigen sicherheitspolitischer Interessen Moskaus und den Bestrebungen der russischen Führung nach einer dauerhaften Vollmitgliedschaft in der internationalen Anti-Terror-Koalition. Mit Blick auf diese und andere Herausforderungen gewinnt die – zumindest teilweise – Aufteilung politischer Macht nach der Wahl Medwedjews zum russischen Präsidenten und Putins zum Ministerpräsidenten an Bedeutung. Es wird interessant sein zu beobachten, welche der beiden konträren Tendenzen, die im gegenwärtigen Russland zu beobachten sind – der antiwestliche Nationalismus oder das Bestreben nach Integration in formelle und informelle internationale Netzwerke – an Oberhand gewinnen wird. ✖

Eine Woche in Südrussland

Alltag und Rassismus in einer russischen Provinzhauptstadt

KRISTINA GRESS

Es ist Montag morgen, 8 Uhr. Wie seit drei Wochen und wohl die nächsten elf Monate wache ich auch an diesem Morgen in Voronezh, Südrussland auf. Meine russische Mitbewohnerin, mit der ich ein 13 qm großes Zimmer teile und die immer noch kein Wort mit mir redet, ist schon auf den Beinen. Ich drehe mich noch einmal um, warte bis sie weg ist und stehe auf.
Mehr oder weniger angezogen schlurfe ich dann den Wohnheimflur entlang, an dessen Ende mich die Toiletten und der Waschraum erwarten. Beide Räume sind unter aller Sau, erinnern im besten Fall an Waschküchen aus den 50er Jahren, die Klos sind zudem nicht mal welche, sondern Löcher im Fußboden mit was drumherum. Ich bewerkstellige das morgendliche Waschen, indem ich mir unter meinem weiten T-Shirt Wasser, Seife und Deo unter die Arme werfe. Hier wird weder die Geschlechtertrennung eingehalten, noch ist eine Tür vorhanden. Die Variante meiner Mitbewohnerin, die sich in einer großen Schüssel Wasser ins Zimmer holt und dann einen halbwegs funktionierenden Sichtschutz gegen mich konstruiert, ist mir zu aufwändig. Ebensowenig habe ich Lust, wie meine 35jährigen irakischen Flurgenossinnen den Durchgang zum Waschraum mit einem Tuch zu verhängen und diesen so zur Sperrzone zu erklären.
Auf dem Weg zurück schaue ich kurz an meinem Zimmer vorbei, frühstücke, greife meine Sachen und sitze dann in den Unterrichtsräumen am anderen Ende des Ganges. Hier lernen nicht nur verwirrte EuropäerInnen auf Stippvisite wie ich Russisch, sondern auch die anderen, die wirklichen AusländerInnen, die in einem einjährigen Sprachkurs auf ihr fünfjähriges Studium in Voronezh vorbereitet werden.
In der ersten Pause erscheint der Direktor: In wenigen Sätzen - umstandslos, geschockt oder routiniert - informiert er darüber, dass gestern ein ausländischer Student im Park ermordet wurde. Man wisse nichts Genaues, es sei sehr schlimm, man hoffe, dass so etwas nicht noch mal vorkomme. Als nächstes fragt er uns, ob wir irgendwelche Wünsche bezüglich unseres Stundenplans hätten. Einige lassen sich auf das Gespräch über zu wenig Grammatik und die Bedeutung freien Sprechens ein - andere schweigen.
Dieser seltsame Mix von Normalität und Schock hält die ganze Woche an. Der Montag ist geprägt von Nichtwissen. Nach der Ansage geht der Unterricht weiter, auch tagsüber kommt das Gespräch immer wieder auf den toten (weil) ausländischen Studenten: Voronezh sei ja bekannt dafür, wer googelt, könne Infos über die erhöhte Ausländerfeindlichkeit hier schnell finden; wir rätseln, wer der Tote wohl sein mag. Es heißt, er sei Spanier. Nein, bitte nicht, dann kann es nur Mario, mein Flurnachbar, gewesen sein. Nein. Ein Spanier war unter den überfallenen AusländerInnen. Dann war der Tote Lateinamerikaner, die Kulturkreise finden sich hier schnell. Später bekomme ich den gut gemeinten Ratschlag, auf mein Deutschsein zu verweisen, sollten mich Nazis bedrohen.
Am Abend sitzen wir bei Ashot im Zimmer, schauen Nachrichten. Der Übergriff ist der 2. Programmpunkt. Wir verstehen wenig, halten bei dem krissligem Foto die Luft an und atmen bei dem dazu genannten Namen wieder auf. Sollen wir uns schlecht fühlen, weil wir hoffen, dass der Kelch an unseren neuen Bekannten vorbeigegangen ist? Später versuche ich zu schlafen. Um eins klopft, nein, hämmert es an die Tür. Draußen steht eine spätere Freundin und erklärt mir Taubstummen, dass morgen ein Meeting an der Uni ist.
Dort angekommen stoßen wir erst auf zwei der Peruanerinnen, ebenso spätere Freundinnen, mit denen wir noch vor wenigen Abenden zusammengegessen haben, mit ihnen und Enrique, den wir doch kannten und der nun tot ist. Dumm gelaufen: im Fernsehen hatten sie seinen ersten Vornamen genannt und das Foto war wohl älter. Das Meeting ist auf dem Vorplatz, der sich langsam und ausschließlich mit ausländischen Studierenden füllt. Niemand weiß wirklich, was tun, was reden; wir starren auf unsere Schuhspitzen. Irgendwo ist eine Diskussion zwischen Studierenden und einer offiziell aussehenden Frau. Egal was passiert sei, in Russland brauche man für Demonstrationen Genehmigungen. Ja, Ja, sehr schlimm.
Ob wir die dann haben oder nicht - egal, irgendwann ziehen wir einfach los, ungeordnet, in Richtung Innenstadt. Unterwegs reißen wir Zweige von den Bäumen, schwenken diese, aus abgerissenen Werbeplakaten werden Transparente »Lasst uns leben.« Peu à peu erfahren wir die Einzelheiten von Enriques Tod: Dreizehn Skinheads gegen zwei Peruaner, einen Spanier, einen Russen und zwei Russinnen. Sie sind der Gruppe durch den belebten, sonntagnachmittäglichen Park gefolgt. An einer einsamen Stelle kamen die Skins aus dem Gebüsch, haben kurz und schweigend auf die drei Nicht-Russen eingeschlagen, die meisten hatten Eisenstangen, einer ein Messer. Wohl eine Art Aufnahmeprüfung. Dann waren sie wieder weg. Enrique ist auf dem Weg ins Krankenhaus verblutet - oder an den Kopfverletzungen gestorben. (Laut einer deutschen Zeitung warteten sie anderthalb Stunden auf Polizei und Ambulanz.) Mario und der zweite Peruaner liegen noch auf der Intensivstation, mussten wiederbelebt werden. Ilja wurde mit Prellungen ambulant behandelt, die Mädchen waren

sofort zur Seite genommen worden. Je öfter die Ereignisse erzählt werden, desto höher wird die Zahl der Skins. Und laut dem Bezirksgouverneur war es gar kein fremdenfeindlicher Übergriff, allein Hooliganismus, schließlich waren ja auch RussInnen unter den Opfern.

Im Institut, an dem Enrique studierte, wird spontan ein Podium zusammengerufen: Offizielle von Polizei, Uni und Stadt versuchen uns zu beruhigen; sie täten, was sie könnten, wir sollten aber durch unsere Demonstration nicht die Polizei von ihrer Arbeit abhalten.

Als ich abends zu schlafen versuche, klopft, nein, hämmert es wieder gegen eins an der Tür: der zweite Peruaner ist im Krankenhaus gestorben, morgen wieder Meeting. Oh Gott. Eine Meldung, die sich am Mittwoch zum Glück als Irrtum entpuppt.

Auch die nächsten Tage kreisen alle Gespräche um Enrique, Mario und die Xenophobie hier. In den Kneipen und Clubs gibt es (offiziell verbotene) Gesichtskontrollen, manchmal bekommt man auf die Nase, wenn man nicht Russisch spricht. Ein Luxus, der ›westlichen AusländerInnen‹ vorbehalten ist, da wir in diesen Kneipen unterwegs sind, dort sitzen und lachen. Manchmal schweigen wir auf dem Nachhauseweg, um nicht als Ausländer aufzufallen. Oh nein, wir sind doch schon durch unsere Rucksäcke als solche zu identifizieren. Oh ja, endlich sind auch wir Deutschen mal bedroht. Im Gegensatz zu uns sind alle nicht europäischen AusländerInnen tatsächlich schon mal von Nazis durch die Straßen gejagt worden bzw. betreten diese kaum noch; ihr Leben spielt sich zwischen Uni und Wohnheim ab, ihr gesprochenes Russisch, »unser Wohnheimrussisch«, ist den meisten Russen unverständlich.

Es ist total paradox, ich als (weiße) Frau, chronisch pleite, habe in dieser Stadt mehr Möglichkeiten, als die z.T. sehr wohlhabenden jungen Männer aus arabischen oder afrikanischen Staaten, die sich als die Söhne von einflussreichen Familien und Staatsmännern einen Studienplatz im gut kommerzialisierten russischen Bildungssystem organisieren konnten. Dafür verlassen sie fünf Jahre lang kaum das Wohnheim, etwas wovon man auch mir ständig abrät (und woran ich mich erst halte, als einer der Milizionäre, die seit Enriques Tod vor unserem Eingang mit Maschinenpistolen sitzen und uns beschützen sollen, ein Auge auf mich wirft. Flirten ist auf Dauer doch interessanter als wichtig tun. Auch der Milizionär, der Mario im Krankenhaus bewachen sollte, hat sich solange mit Wodka besoffen, bis er laut schnarchte und Mario ihn rausschmiss.)

Die Stimmung im Wohnheim kocht dementsprechend immer wieder über, es wird exzessiv gefeiert, viel getrunken, manchmal kommt es zu Schlägereien, vieles wird in nationalen Kategorien gelebt und ausgedrückt, insbesondere die Kochsessions und die Beschuldigungen bezüglich von Dreck, Lärm, Diebstählen oder gegrillten Katzen. Und immer wieder gibt es Krach mit der Wohnheimverwaltung, personifiziert von der Wachtorscha, der älteren, schlecht bezahlten Dame, die am Eingang sitzt und bei der man als Bewohnerin seinen propusk (eine Art Ausweis, den man nach diversen z.T, sehr intimen Untersuchungen erhält) vorzeigen muss, will man hinein; bei der man, wenn man während der Besuchszeiten Gäste empfangen möchte, diese registrieren lassen muss; und die nach 23 Uhr den Eingang für alle zuschließt. Den wenigen Unbelehrbaren hilft dann nur noch bitten, betteln, schreien oder durch's Fenster klettern.

Und so ist das Wohnheim für viele der einzige Lebensraum. Doch ein wirkliches Leben, ein Alltag oder Studieren ist aufgrund von Lärm, Enge und den ständigen Reibereien in dem Gemisch von Kulturen, Religionen und Lebensentwürfen unmöglich.

Am Donnerstag wird Enriques Leiche nach Peru überführt, letzte Chance sich von ihm zu verabschieden. Uns und der Stadt bleibt nicht mal ein Ort, der an ihn erinnert: dicht gedrängt stehen wir mit unseren unterschiedlichen Trauerritualen in einer kahlen Halle um den aufgebahrten Leichnam herum, auf einem Gelände, das halb Friedhof, halb Leichenschauhaus ist. Selbst hier laufen die Kameras, der wiederholte Fall von brutaler Ausländerfeindlichkeit schlägt Wellen: in Moskau überlegen sie gerade, der Voronezher Uni die Erlaubnis zu entziehen, AusländerInnen zu unterrichten – ich würde der Stadt ja den Verlust dieser Einnahmequelle gönnen. Es werden Reden gehalten, zuerst der Unidirektor, feierlich, dafür aber konsequenzlos, dann der peruanische Botschafter, sehr deutlich. Er verkündet, dass sämtliche lateinamerikanischen Studierenden auf Anraten ihrer Botschaften die Stadt verlassen sollen – bis auf wenige Ausnahmen werden die meisten das Angebot binnen weniger Tage annehmen. Schade, dass der Typ von der Uni die Rede nicht hört: nach seinem Part hat er sofort den Raum verlassen.

Auch in den nächsten Tagen und Wochen ist in Voronezh eine Art Demonstrationsmarathon, Enriques Tod ist nun in der Gesellschaft angekommen: Am Samstag, eine Woche nach dem Mord, organisiert die Menschrechtsorganisation MPD einen »Marsch gegen Hass«. Nun zeigen sich die ersten RussInnen, die Transparente sind tatsächlich bemalte Bettlaken und die Polizei eskortiert uns am Ende der Demo nach Hause, als es heißt, wir seien von Nazis umringt. Eine Woche später, als sich der lokale Ableger der Putin'schen Jugendorganisation »Naschi« (die Unsrigen) des Themas annimmt und auch zur Demonstation aufruft, ist das nicht nötig: Nicht nur sind jetzt viele RussInnen, v.a. herbeizitierte Naschi auf der Demo, angeblich laufen auch die Nazis in ›unseren‹ Reihen mit. Sie schwenken estnische und israelische Fähnchen und erklären einer Reporterin, dass die Wahrheit in Hitlers ›Mein Kampf‹ steht.

Die generalstabsmäßige Mobilisierung der Naschi, die verteilten Fähnchen und die T-Shirts mit Enriques Konterfei, insbesondere aber die vor der Uni aufgebaute, meterhohe Wand mit demselben Motiv zum Unterschreiben gruseln mich. Das Ansinnen der MenschenrechtlerInnen von letzter Woche hingegen hat mich hilflos gemacht: Über die deutsche Doktorandin, die bei ihnen eine ›teilnehmende Beobachtung‹ macht, wüssten sie, dass ich im Wohnheim wohne. Ob ich nicht irgendwelche Kontakte herstellen könnte, ihre Hotline für bedrohte AusländerInnen würde kaum einer nutzen. Hm tja, vermutlich weiß keiner davon, und ich, die ich kaum Russisch kann und bisher nur andere EuropäerInnen auf Stippvisite kenne, will meinen MitbewohnerInnen keine schlauen Ratschläge geben. Ich schlage eine Informationsveranstaltung im Wohnheim vor – Schwierig, die Wohnheim-verwaltung. – Hm, ja. Als ich im Wohnheim von den MenschenrechtlerInnen erzähle, winken die meisten ab. Wer wohl mehr Berührungsängste hat?

Die nächsten Wochen und Monate sind fast normal, ich versuche, Russisch zu lernen, zu verstehen, was um mich herum passiert. Als gute Europäerin suche ich nach der Zivilgesellschaft: Die Naschi mit ihrem Generalstab, dem Mobilisierungspotential und den guten Kontakten in Politik, Gesellschaft und zum rechten Rand? Der MPD, den ich sporadisch treffe, der größtenteils in einer WG zusammenwohnt und mehr Kontakte und Anknüpfungspunkte in die internationale Menschenrechtssociety, zu Organisationen und Finanzmitteln im Ausland hat als innerhalb von Voronezh? Die russischen Studierenden, die sich als Fans der Wehrmacht outen – natürlich nur der Technik wegen –, die mir begründen, dass sie Deutschen biologisch näher sind als Afrikanern, und die sich damit brüsten, dass sie James, einen Bekannten of color, just nicht zusammengeschlagen haben, den würden sie ja über ihre französischen Freunde kennen! Kein Wunder, dass die omnipräsenten Hakenkreuze nur mich stören, und das trotz des (glorreich gefeierten) Sieges über den Faschismus.

Als ein Russe vietnamesischer Herkunft wenige Monate später von Kindern tot geprügelt wird, bleibt es bei einer Randnotiz in den Medien. Und im Wohnheim ist es zu laut, um zu schlafen. Schlaue Tipps mag ich immer noch nicht geben. ✖

Von der sowjetischen Völkerfreundschaft zum nationalistischen Straßenterror

Antifaschistische und antirassistische Arbeit in Russland vor dem Hintergrund eines gescheiterten Gesellschaftsmodells

▯ UTE WEINMANN

»Einem Menschen in Not würde ich helfen, einem Tadschiken nicht.« Der Satz stammt von einem Moskauer Polizeibeamten, aber er steht stellvertretend für die Denkweise vieler Menschen in Russland. Nach jüngsten Umfragen empfinden nicht weniger als siebzig Prozent der russischen Bevölkerung eine Abneigung gegenüber AusländerInnen. Dabei tut die Staatsbürgerschaft nichts zur Sache, allein die nationale Zugehörigkeit und das äußere Erscheinungsbild zur Einordnung einer Person nach rassistischen Kriterien sind entscheidend. Im Alltag macht sich diese Einstellung überall bemerkbar - ob bei schikanösen Ausweiskontrollen auf der Straße, die sich in erster Linie gegen dunkelhäutige und nichtslawisch aussehende PassantInnen richten, oder der Suche nach einer festen Bleibe. Viele Wohnungsanzeigen enthalten einen der Standardsätze »Keine Vermietung an Kaukasier« oder »Vermiete an russische Familie«.

Im Jahr 1997 galt die Abschaffung der Angaben zur Nationalität im russischen Inlandspass noch als Errungenschaft, denn sie setzte einen formalen Schlusspunkt unter das Kapitel einer Jahrzehnte andauernden Diskriminierung. Auch wenn in der Sowjetunion die Stigmatisierung einzelner Nationalitäten scheinbar im Widerspruch zur verordneten Völkerfreundschaft stand, erfolgten unter Stalins Herrschaft u.a. die Deportationen der Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren und Deutschen anhand der Nationalitätszugehörigkeit. Aber selbst wenn man die einschlägig bekannten Verfolgungen, die mit dem Tod vieler Betroffener endeten, beiseite lässt, bleibt immer noch die Feststellung, dass die Angabe der Nationalität beileibe keine neutrale Information darstellte. Vielmehr diente sie im Regelfall als Kriterium, um zu verstehen, mit wem man es zu tun hat und zur Bestätigung verbreiteter nationaler Stereotypen bei der Wahrnehmung einer fremden Person. Und obwohl diese Angabe formal gesehen nicht mehr zwingend auftaucht, hat sich die nationale Zugehörigkeit als unverrückbare Konstante in der nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem sozialen Niedergang eines Großteils der Bevölkerung desorientierten Gesellschaft bewahrt.

Eine zunehmend aggressive Komponente brachte der erste, insbesondere aber der zweite Tschetschenienkrieg ein. Bei Terroranschlägen auf Wohnhäuser in Moskau und im Süden Russlands verloren im Spätsommer 1999 über 300 Menschen ihr Leben. Der darauf folgende Krieg in der Kaukasusrepublik, der seinerzeit Wladimir Putin zur ersten Amtszeit als russischer Präsident verholfen hatte, führte zu einem bislang unbekannten Ausmaß an Fremdenhass. Nach der offiziellen Befriedung der separatistischen Republik, als sich TschetschenInnen als alleiniges Feindbild nicht mehr eigneten, erhielt die These von einer möglichen faschistischen Gefahr Auftrieb. Am 4. November 2005 durften 3000 Rechtsradikale erstmals anlässlich des neugeschaffenen »Tags der Volkseinheit« legal durch Moskaus Innenstadt marschieren. Im gleichen Jahr polierte die russische Regierung die Erinnerungen an den »Großen Vaterländischen Krieg« auf, oder genauer gesagt, an den Sieg über den Faschismus vor 60 Jahren. Der Opfer wird dabei nicht gedacht, nur der Helden. Der Staat und mit ihm die vom Kreml geschaffene Jugendorganisation »Naschi« (Unsere) verkörperten von nun an den wahren und vertrauten Antifaschismus, der längst die Form eines aggressiv nationalistische Züge tragenden und gegen die Feinde Russlands gerichteten Patriotismus angenommen hatte.

Eine Debatte über einen anders gearteten Antifaschismus, der sich mit den immer dreister agierenden Neonazistrukturen befasst, findet dabei in der Öffentlichkeit praktisch nicht statt. So schwammig wie der Faschismusbegriff, der längst zu einem inhaltlich beliebig füllbaren Schimpfwort mutiert ist, bleibt auch die Vision einer effektiven Strategie gegen die Gewalteskalation auf Russlands Straßen. Neonazis verüben jährlich Hunderte rassistischer Übergriffe, Dutzende nichtslawisch aussehende Menschen, meist aus Mittelasien, dem Kaukasus, afrikanischen Ländern oder Südostasien stammend, kommen dabei ums Leben - mit steigender Tendenz. Es gibt in Russland zwar Organisationen wie das Zentrum SOVA in Moskau, welches sich zur Aufgabe gemacht hat, das Ausmaß rechtsextremistischer Gewalt durch die Ermittlung zuverlässiger Angaben zu ermitteln, zu den Opfern oder Angehörigen besteht jedoch nur in den seltensten Fällen Kontakt. Anlaufstellen für eine qualifizierte Beratung existieren praktisch nicht. Die »Bürgerhilfe« in Moskau, die vorrangig Flüchtlinge aus dem Kaukasus und den ehemaligen Sowjetrepubliken berät, kann aus Kapazitätsgründen diese Lücke nicht wirklich füllen. In anderen Städten sieht die Situation nicht besser aus.

DIE ANTIFASCHISTISCHE SZENE

Opferberatung und Hilfe wird so zur Privatsache. Teils kümmern sich auch Vereinigungen der jeweiligen Diaspora um die Betroffenen. Bei der jungen Antifaszene gehört Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt zum festen Bestandteil, allerdings nur, wenn sie aus den eigenen Reihen kommen. Sie leisten nach - leider häufigen - Übergriffen Unterstützung, und sei es nur durch einen finanziellen Zuschuss etwa für teure medizinische Behandlungskosten oder die Bezahlung eines Anwalts. Dafür ist das Verständnis für die Notwendigkeit eines im öffentlichen Raum sichtbaren und nachvollziehbaren praktischen und politischen Engagements nur begrenzt vorhanden. Je nach Gruppenzugehörigkeit konzentrieren sich die meist sehr jungen AntifaschistInnen auf Aktivitäten innerhalb einer klar definierten Szene, ohne ihren subkulturellen Rahmen zu verlassen. Es wäre aber ein Fehler deren Bedeutung zu unterschätzen, denn letztlich setzen sie in ihrem Umfeld nationalistischen Tendenzen eine antirassistische Alternative entgegen. Die Formulierung langfristiger Ziele, geschweige denn deren Realisierung, fällt aber auch deshalb schwer, weil die Bedrohung rechtsradikaler Gewalt so präsent ist, dass auf absehbare Zeit dem Schutz vor Übergriffen absolute Priorität eingeräumt werden wird.
Anarchistisch orientierte AntifaschistInnen gehen hingegen durchaus an die Öffentlichkeit. So am 19. Januar 2009, als die »Junge Garde«, die Jugendorganisation der Kremlpartei »Einiges Russland«, auf einem der Moskauer Bahnhöfe die Passagiere des Zuges Taschkent-Moskau mit Plakaten und Flugblättern empfing. Die »Junggardisten« prangerten illegale Arbeitsmigration an, setzte diese mit Diebstahl gleich und forderte die Neuankömmlinge dazu auf, Steuern zu bezahlen. AnarchistInnen behinderten die Aktion mit Eierwürfen und einem Transparent mit der Aufschrift »Kein Mensch ist illegal«. Sie wurden damit von der Sondereinheit OMON festgenommen und auf der Wache teils misshandelt. Die Aktion mag als zweifelhafter Erfolg erscheinen. Doch vor dem Hintergrund einer Mauer des Schweigens hinsichtlich des alltäglichen Rassismus und der verbreiteten Solidarität mit den Positionen der »Junggardisten« dürfte die Bewertung positiver ausfallen.

Seit dem Jahr 2008 nehmen zumindest die Strafverfolgungsbehörden ihre Sache ernster und intensivierten die Ermittlungen gegen rechtsradikale Straftäter. Allerdings scheut sich das russische Innenministerium davor, das Ausmaß an Organisiertheit illegal operierender Neonaziverbände zu benennen, denn das hieße, eigene Versäumnisse einzugestehen. Offensichtlich um Ausgleich bemüht, setzt die Miliz verstärkt der antifaschistischen Szene zu. In Izhevsk, der Hauptstadt der kurz vor dem Ural gelegenen Republik Udmurtien, dienten dafür vorbestrafte Rechtsextremisten als Köder. Sie stellten Strafanzeige wegen vermeintlich gestohlenen Gegenständen und einem Messerangriff. Trotz Alibi setzten die Milizionäre die betroffenen Antifaschisten unter Druck, einem drohten sie gar mit der Schusswaffe. Der Ermittler im Fall Andrej Petrov begründete das Vorgehen der Miliz folgendermaßen: »Die Nazis in der Stadt verhalten sich inzwischen relativ ruhig, während die Anzahl der Antifaschisten zugenommen hat. Die müssen nun eingeschüchtert werden, damit das Kräfteverhältnis gleich bleibt.«

DER TÄGLICHE RASSIMUS

Für die russischen Medien ist die Bedrohung von AntifaschistInnen kein Thema. Stattdessen drucken sie zahlreiche Meldungen über illegale ArbeitsmigrantInnen und mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise verstärkte sich die Berichterstattung über vermeintlich oder tatsächlich von arbeitslosen MigrantInnen verübte Raubüberfälle. Das Signal ist klar - AusländerInnen stellen eine Gefahr dar. Womöglich sogar eine größere als die sozialen und ökonomischen Folgen der Krise, die in ihren Ausmaßen verharmlost werden. Die Stigmatisierung und Diskriminierung von ArbeitsmigrantInnen insbesondere aus den südlichen ehemaligen Sowjetrepubliken, nahm allerdings schon früher ihren Anfang. Seit Januar 2007 gelten Einschränkungen bei der Arbeitsaufnahme. Wer nicht über die russische Staatsbürgerschaft verfügt, darf per Gesetz keinen Handel mit Alkohol und Medikamenten betreiben. Auf Märkten dürfen AusländerInnen nur noch Tätigkeiten nachgehen, die nicht unmittelbar mit Geldverkehr zu tun haben. Debatten um einen restriktiveren Umgang mit illegalisierten MigrantInnen gehören fest zur Tagesordnung, der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht. Dabei braucht es, um Menschen aus der Illegalität zu verhelfen, in erster Linie handhabbare Bestimmungen und Mechanismen, die es ermöglichen, Behördengänge unbürokratisch und innerhalb kürzester Zeit zu erledigen. Denn je komplizierter der Vorgang und je aufwändiger die Prozedur, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die per Gesetz vorgegebenen Regeln eingehalten werden. Aber womöglich ist dies gar nicht das Ziel.

In der Praxis trägt der Migrationsdienst - abgekürzt FMS - einerseits einen entscheidenden Anteil an der Illegalisierung von Millionen von MigrantInnen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken. Korruption und Schikanen bei der Ausstellung der per Gesetz vorgeschriebenen Dokumente wie Arbeitsgenehmigungen oder einer polizeilichen Anmeldung sind Gang und Gäbe. Damit verschaffen die Behörden windigen Geschäftemachern eine gesicherte Nachfrage nach einem Service, gegen entsprechende Bezahlung alle nötigen Formalitäten zu erledigt. Und der korrupte Teil des FMS profitiert selbst davon. Andererseits vertritt die Leitung der Migrationsbehörde durchaus moderate Positionen. Werden Aufrufe zur Zuzugsbegrenzung und Einschränkung der jährlich festgelegten Quoten für eine legale Arbeitsaufnahme für AusländerInnen in Russland laut, argumentiert der FMS mit der Notwendigkeit für eine Beibehaltung des derzeitigen Kontingents oder gar dessen Aufstockung und bildet damit einen Gegenpol zu den Hardlinern in der Regierung und im Parlament. In Russland leben bis zu 15 Millionen ArbeitsmigrantInnen und nur etwa vier Millionen haben eine Chance, per Quote ihren Aufenthalt zu legalisieren.
Staatliche Maßnahmen gegen den alltäglichen Rassismus wirken halbherzig und hilflos. LehrerInnen sind dazu angehalten, Toleranztrainings anzubieten, ohne allerdings speziell geschult oder mit entsprechenden Materialien ausgestattet zu werden. NGO's bieten gerne Seminare an, in der über die Achtung anderer Kulturen debattiert wird. Auf die Ursachen von Rassismus wird dabei ebenso eingegangen, wie auf die typischen Argumentationsmuster der Verfechter einer von Fremden gesäuberten Gesellschaft. Zu den unerwünschten Elementen gehören nicht nur AusländerInnen, sondern beispielsweise auch Roma. Oft verfügen sie nicht einmal über einen Zugang zu sauberem Trinkwasser und es gibt Schulen, in denen sich die Ausgrenzung von Romakindern nicht nur in getrenntem Unterricht manifestiert, sondern auch durch eine territoriale Segregation.

Auf praktisch allen Ebenen fehlt der Wille, aber auch das Know-How für antifaschistische und antirassistische Arbeit. Das Feld dafür ist zwar weit gefasst, aber die wenigsten Organisationen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, erfahren in Russland Unterstützung. So wundert es nicht, dass es leichter fällt, sich der Koalition gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden am 13. Februar anzuschließen, als dem »Russischen Marsch« ein Ende zu setzen. ✖

Voronezh: Realitäten und Träume

Alltag und Menschenrechtsarbeit in der russischen Provinz

I. H.

Tag für Tag schaue ich im Bus, der mich morgens zur Arbeit und abends wieder nach Hause bringt, in die zahllosen gleichgültig blickenden Gesichter. Es wird kaum geredet, es wird nie gelacht. Den Betrunkenen, dessen Gesicht auf dem Sitz und Beine auf dem Gang liegen, würdigen die Leute keines Blickes. Ab und zu muss jemand über ihn steigen, um einen der begehrten Sitzplätze zu ergattern oder um das Fahrzeug zu verlassen. Vor einer dreiviertel Stunde bin ich eingestiegen, seitdem hat sich der Mann weder bewegt noch einen Laut von sich gegeben. Zwei Stationen bevor ich aussteige, zuckt er. Ich bin beruhigt, denn ich dachte, er wäre tot.

Der Alltag in der russischen Stadt Voronezh nimmt mich, die hier ein Jahr als Freiwillige bei der internationalen Organisation Youth Human Rights Movement (YHRM) tätig sein wird, oft sehr mit und gibt mir Stoff zum Nachdenken. Mir stellt sich die Frage, weshalb Menschen bei Vorfällen wie diesen nicht reagieren. Wäre diese Person gestorben, hätten sie und auch ich wegen unterlassener Hilfeleistung eine Mitschuld an seinem Tod getragen.

Voronezh ist eine laute, stinkende und unstrukturierte Stadt. Die knapp 850.000 Einwohner mögen ihren Ort nicht besonders. Das wird mir oft genug gesagt, das sehe ich auch. Vor allem die jungen Leute zieht es zum Geld verdienen nach Moskau, Sankt-Petersburg oder »Europa«. Zwar liegt Voronezh auch im europäischen Teil Russlands, aber mit »Europa« ist Westeuropa gemeint und mit Russland selbstverständlich Russland. Meine täglichen Busfahrten führen mich auch an sämtlichen Sehenswürdigkeiten dieser Stadt vorbei: An den drei ewigen Feuern und weiteren sowjetischen Denkmälern, die an die russischen Opfer des Zweiten Weltkrieges und die zweiundneunzigprozentige Zerstörung der Stadt durch die Deutschen erinnern; an der Leninstatue, die eine vergangene Zeit und die damit verbundene Ideologie symbolisiert; auch an der neuen orthodoxen Kirche, die von einem alten sowjetischen Zaun umgeben ist. Überhaupt wird hier noch viel über den Krieg geredet und rote Sterne oder Hammer und Sichel sind ortsprägende Symbole. In der Nachkriegszeit hatte Voronezh jahrzehntelang darum gekämpft sich, neben beispielsweise Kiew und Minsk, Heldenstadt nennen zu dürfen. Im Jahr 2005 wurde ihr der Ersatztitel »Stadt des militärischen Ruhmes« verliehen.

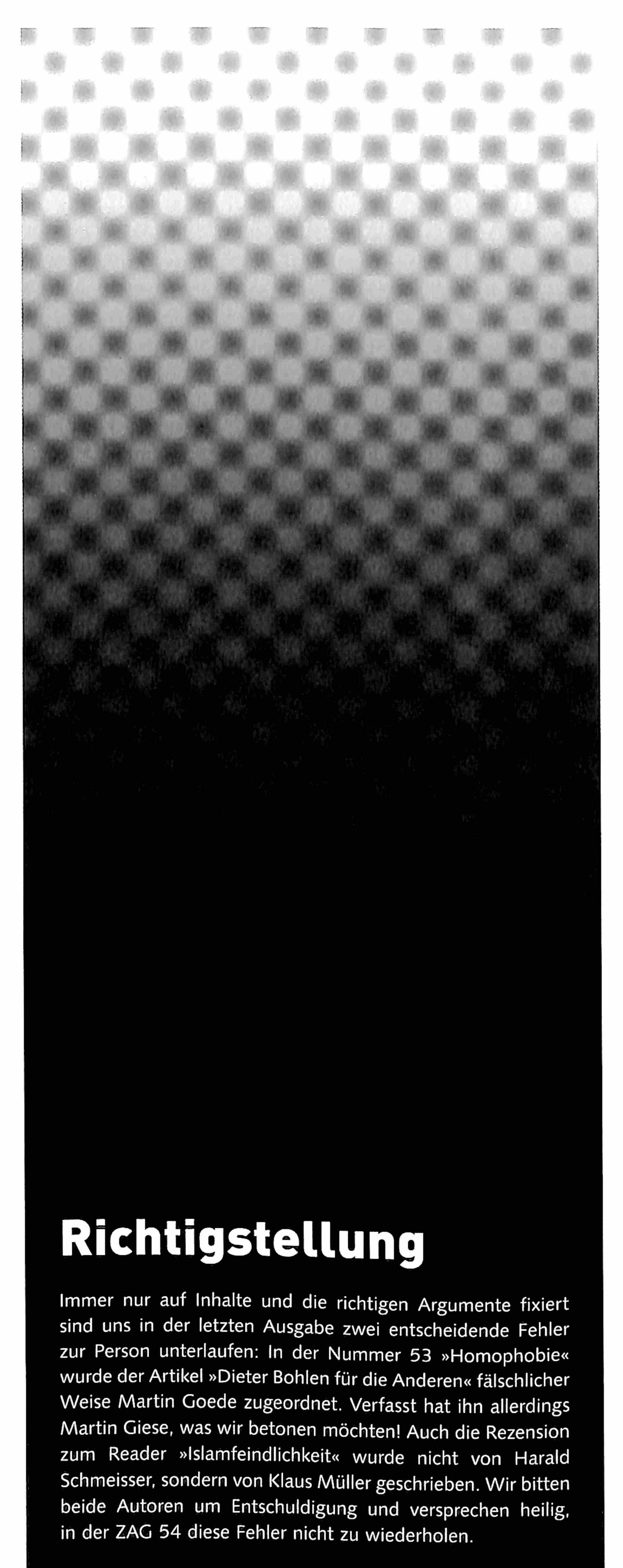
Wenn ich auf die Vergangenheit dieser Provinzstadt zurückblicke, kann ich aktuelle Entwicklungen nicht begreifen. Voronezh zählt nach Moskau und Sankt-Petersburg die meisten rassistisch motivierten Übergriffe. Allein in den letzten fünf Jahren wurden drei Menschen von Nazis umgebracht und 52 Personen angegriffen und verletzt. Zahlreiche Grafittis an Häuserwänden und Mauern propagandieren neben anderen nationalistischen und rassistischen Parolen »Russland den Russen«, außerdem fallen geschmierte Hakenkreuze und Runen ins Auge. Für mich ist die Situation ungefährlich. Mir sieht man nicht sofort an, dass ich Ausländer bin. Nur wenn ich beispielsweise in der Öffentlichkeit telefoniere, prallen erstaunte und ungläubige Blicke an mir ab. Die afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Studenten müssen mit anderen Reaktionen rechnen. Ihnen wird aufgelauert und organisierte Hetzjagden sind keine Seltenheit.

Hier, in der russischen Provinz, hat sich vor zehn Jahren YHRM gegründet. Eine Nichtregierungsorganisation, deren Aktivisten sich zum Ziel gesetzt haben, Menschenrechte- und würde mit friedlichen Mitteln zu verteidigen und eine neue Generation von Bürger- und Menschenrechlern auszubilden. Die Bewegung ist in über 30 Ländern in Europa, Asien und Nordamerika, wie zum Beispiel in Armenien, Moldawien, Nepal und den USA, vertreten. Aktive Mitglieder gibt es auch in Deutschland. Die Verwaltung dieses Netzwerks befindet

sich in Voronezh. Bisher waren die Aktivisten selten in der eigenen Stadt tätig, denn sie fallen ungern auf, halten sich deshalb lieber zurück. Geplant werden die Projekte alle an Ort und Stelle, aber verwirklicht in einer anderen russischen Stadt. In dem ersten Monat meines Freiwilligendienstes suchte mich ein mir bis dahin noch unbekanntes Mädchen an meinem Arbeitsplatz auf und erklärte, dass sie mit mir außerhalb der Büroräume reden müsse. Sie entschuldigte, später vor der Tür, ihr unfreundliches Verhalten mit ihrer Angst vor den verwanzten Räumen. Und tatsächlich konnte ich beobachten, dass wichtige Gespräche der Menschenrechtler in Cafes oder Restaurants geführt werden. Diese Ängste werden nicht thematisiert, doch sie liegen spürbar in der Luft. Die Projekte sind so unterschiedlich wie die Menschen, die hier arbeiten und teilweise ausschließlich für die Umsetzung ihrer Ideen leben. Es werden Diskussionsrunden, Seminare, Weiterbildungen, manchmal sogar Festivals für Jugendliche und junge Erwachsene, Lehrer und ihre Schulklassen oder die Mitglieder selbst organisiert. Jeder Aktivist ist auf ein, manchmal zwei Themengebiete spezialisiert. Die Einen schwelgen mit den Gedanken in der Vergangenheit, beschäftigen sich mit Themen wie Anti-Stalinismus oder dem Holocaust auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Die Anderen bearbeiten gegenwärtige Konflikte und Probleme, wollen Rassismus oder die massive Umweltverschmutzung in diesem Land bekämpfen. Es werden Kriegsdienstverweigerer betreut und über mögliche Alternativen zum Wehrdienst informiert oder Studenten bei der Vorbereitung von Kampagnen über ihre Rechte unterstützt. Im Nebenraum wird gerade heftig über den Mord an Stanislav Markelov, einem russischen Anwalt und Menschenrechtler, der am 19. Januar am hellichten Tag auf offener Straße in Moskau von einem Unbekannten erschossen worden ist, diskutiert. Anastasia Baburova, eine Journalistin, die ihn begleitete, wurde bei diesem Anschlag ebenfalls verletzt und starb noch am selben Tag im Krankenhaus. Eine Gedenkfeier oder ähnliches soll organisiert werden. Ich habe das Gefühl, dass die Aktivisten sich oft vor dem tristen Alltag in die lebendigen Räume des Büros flüchten. Die jüngsten Menschenrechtler im ganzen Land teilen in den Fluren und Zimmern ihre Ideen und verbringen dort auch einen Großteil ihres Lebens. Sie haben Ansichten, die sie kaum mit anderen Personen in ihrem Alter teilen können. Große Schritte wollen sie gehen, doch in kleinen wichtigen verändern sie etwas.

Es ist eine Welt der Gegensätze, die mich hier umgibt und schon manchmal verrückt gemacht hat. Die Leute mit denen ich den Bus teile, haben wie die Menschen, mit denen ich arbeite, eine andere Sicht aufs Leben. Keine bessere, keine schlechtere, doch sie unterscheidet sich von meiner. Die Lebensumstände sind vollkommen anders, ebenso wie die Erziehung und das damit erworbene Geschichtsverständnis. Nichts im Leben ist fair oder selbstverständlich. Ungern verurteile ich, lieber denke ich über die Beweggründe der Personen nach. Meine Russischlehrerin, die hauptberuflich als Professorin an der städtischen Universität arbeitet, erklärte mir schon einige Male, dass Kaukasier zwar einen russischen Pass besitzen, aber eigentlich keine Russen sind oder dass die Menschen seit Jahrhunderten in den Kaukasus oder nach Sibirien verbannt worden sind, weil es dort keine Zivilisation gibt. Die Medien haben ihre Meinung, die hier eine durchaus gängige und somit tolerierte ist, geprägt.

Dass ich Freiwillige bin, erkläre ich nun schon seit über vier Monaten geduldig BusfahrerInnen, VerkäuferInnen, manchmal auch MilizionärInnen. Freiwilligenarbeit ist in dieser Region weitestgehend unbekannt, weshalb mir das Erläutern meiner Aufgaben schwer fällt. Ich bin vielmehr Freiwillige dieser Stadt als von YHRM. Ein Gefühl, dass mich stets begleitet.



Richtigstellung

Immer nur auf Inhalte und die richtigen Argumente fixiert sind uns in der letzten Ausgabe zwei entscheidende Fehler zur Person unterlaufen: In der Nummer 53 »Homophobie« wurde der Artikel »Dieter Bohlen für die Anderen« fälschlicher Weise Martin Goede zugeordnet. Verfasst hat ihn allerdings Martin Giese, was wir betonen möchten! Auch die Rezension zum Reader »Islamfeindlichkeit« wurde nicht von Harald Schmeisser, sondern von Klaus Müller geschrieben. Wir bitten beide Autoren um Entschuldigung und versprechen heilig, in der ZAG 54 diese Fehler nicht zu wiederholen.

Eure ZAG

SS-Schergen oder Freiheitskämpfer?

Kollaboration in Estland im Spiegel der aktuellen Geschichtspolitik

FELIX MÜNCH

Die Republik Estland, erstmals in der Zwischenkriegszeit von 1918-1940 ein souveräner Staat, wurde 1940 von den Sowjets besetzt, 1941 von deutschen Truppen erobert, um schließlich 1944 wieder an die Rote Armee zu fallen. Die sowjetische Okkupation dauerte bis zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit im Jahr 1991. Im Zuge der Sowjetisierung wurden in der Besatzungszeit vor allem Russen im Land angesiedelt, während viele tausend Esten ermordet oder nach Sibirien deportiert wurden. Dies führte zu einer großen russischsprachigen Minderheit im Land von fast 30% (2008). Seit 2005 ist Estland Mitglied der Europäischen Union (EU) und des Nordatlantikpaktes (NATO).

Zuhause bei Leo Tammiksaar im estnischen Küstenort Pärnu herrscht, vor allem an Wochenenden, reger Betrieb. Der Mittvierziger betreibt das »Museum der estnischen SS-Legion«, in dem die estnischen Kriegsteilnehmer auf deutscher Seite, egal ob zwangsrekrutiert oder freiwillig, zu Helden im Kampf gegen den Bolschewismus und damit pauschal zu estnischen Freiheitskämpfern stilisiert werden. Dabei wird deren Beteiligung an den Verbrechen der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg systematisch verharmlost, was in vielen Teilen der estnischen Bevölkerung auf Akzeptanz stößt. Nicht nur Gesinnungsgenossen, Veteranen und Interessierte bevölkern das Museum, auch ganze Schulklassen erleben dort hautnah diese Version der Geschichte. In diesem Geschichtsnarrativ wurden die Deutschen im Zweiten Weltkrieg als Befreier vom Kommunismus und als das kleinere zweier Übel angesehen, was den deutschen Truppen einen stattlichen Zulauf an estnischen Freiwilligen bescherte. Diese kämpften im Krieg gegen die verhasste Sowjetunion, halfen aber eben auch bei der Vernichtung der baltischen und aus dem Deutschen Reich dorthin deportierten Juden.

Auf Initiative Tammiksaars hin, der in Estland als Aktivist der rechtsextremen Unabhängigkeitspartei bekannt ist, wurde im Jahr 2002 in Pärnu unter hohem öffentlichen Interesse ein Gedenkstein errichtet. Das bronzene Relief des Denkmals zeigte einen estnischen Soldaten, der im Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Deutschen gegen die Rote Armee kämpfte. Dargestellt war der Soldat als Maschinengewehrschütze in SS-Uniform, SS-Runen am Helm und Eisernem Kreuz an der Uniform. Nach einem europaweiten Medienecho wurde das Denkmal nach einigen Tagen auf Druck der Regierung in Tallinn entfernt – jedoch offensichtlich nicht aus eigenen, innenpolitischen Erwägungen, sondern aus Angst vor einem Imageverlust im Ausland. Ein solcher wiederum hätte die bevorstehenden Beitritte des Landes zu EU und NATO gefährden können. Vor allem von Seiten der russischen Minderheit in Estland und aus Moskau gab es Proteste gegen das Denkmal, welches nach russischer Lesart der Geschichte den Hitlerfaschismus rehabilitieren und den Sieg der Sowjetunion über das Dritte Reich relativieren würde. ✖

REGIERUNGSPOLITIK UND DEUTUNGSMACHT

Denkmäler für Angehörige von Wehrmacht und SS gibt es allerdings in Estland zuhauf, und deren Errichtung wurde von den liberal- oder rechts-konservativen estnischen Regierungen der letzten Jahre stets wohlwollend unterstützt, sofern dies opportun erschien. Anhand des Beispiels aus Pärnu und anderer Beispiele lässt sich die Geschichtspolitik des Landes der letzten Jahre nachzeichnen: Wo negative ausländische Berichterstattung und Prestigeverlust drohten, wurden nationalistische Denkmäler wieder abgebaut oder deren Errichtung verhindert. Fand die Einweihung von Gedenkstätten jedoch keine internationale Beachtung, dann erfolgte oft sogar ein staatlicher Zuschuss zu den Baukosten.

Dies geschah beispielsweise im Jahr 2000 bei der Errichtung eines Denkmales für estnische Angehörige der SS in der Nähe des Ortes Sillamäe im Osten Estlands. Dort wird jährlich traditionell einer Schlacht von 1944 gedacht, in der estnische und andere europäische SS-Einheiten gegen die vorrückende Rote Armee kämpften. Insbesondere die Tatsache, dass das estnische Verteidigungsministerium die internationale Teilnehmerschaft des Veteranentreffens jedes Jahr mit einem Glückwunschschreiben bedenkt, sorgt für Aufsehen. Teilweise fungieren bei der Einweihung von Denkmälern zur Festigung des estnischen Geschichtsbildes auch Abgeordnete der Regierungskoalitionen als Festredner, so im Jahr 2004 bei der Einweihung eines Denkmals für Alfons Rebane, einem hochdekorierten estnischen Offizier der Waffen-SS, welcher in der dortigen Öffentlichkeit als »der estnische Rommel« bekannt wurde. 1976 im deutschen Exil in Augsburg verstorben, wurden dessen sterbliche Überreste 1999 nach Estland überführt und dort hochoffiziell mit allen militärischen Ehren bestattet. Trivimi Velliste, rechts-konservativer Parlamentarier der Heimatland-Partei und ehemaliger Außenminister Estlands, nannte bei der Einweihung des Denkmals den toten SS-Mann einen Nationalhelden.[1]

Damit unterstützen Teile der konservativen politischen Elite Estlands die Etablierung eines einseitigen, heroischen Geschichtsbildes unter fast völliger Ausblendung der Täter- und Mittäterperspektive. Dies soll für eine einheitliche Memoria innerhalb der ethnisch estnischen Bevölkerung im Land sorgen, die sich als Opfer des sowjetischen Aggressors sieht, welcher vom estnischen David heldenhaft bekämpft wurde. Dass dies auf Seiten Hitlers geschehen war und neben dem bewaffneten Kampf auch Beihilfe bei der Durchführung des Holocaust bedeutete, wird in der estnischen Öffentlichkeit nur selten thematisiert oder als Kollateralschaden abgetan – der Zweck heiligt die Mittel.

So wird auch das private »Museum des estnischen Freiheitskampfes« in Lagedi, eine ähnliche Einrichtung wie das Museum in Pärnu, aus staatlichen Mitteln gefördert. In Lagedi befand sich perfiderweise ein Nebenlager des estnischen KZ Vaivara. Dort wurde im Jahr 2005 im Beisein von Veteranen, aber auch von landesweit bekannten Neonazis, Rechtsradikalen und Holocaustleugnern das SS-Denkmal aufgestellt, welches zuvor in Pärnu entfernt worden war. Leihgaben beider Museen sind auch im »Museum der Okkupationen und dem Kampf für Freiheit« in Tallinn zu sehen, welches durch eine Stiftung sowie den estnischen Staat finanziert wird. In dieser halboffiziellen Einrichtung zu den wechselnden Besatzungen seit 1940 finden der Holocaust und die Beteiligung von Estinnen und Esten keine Erwähnung.
Im Jahr 2005 wurden – nach vollzogenem Beitritt zur EU und der NATO – von Seiten des estnischen Staates auch die Ermittlungen gegen Harry Männil eingestellt. Männil, Mitarbeiter der estnischen politischen Polizei während der Nazi-Okkupation und in dieser Funktion am Tod hunderter Juden und Kommunisten beteiligt, war der einzige NS-Kollaborateur, gegen den in Estland überhaupt ermittelt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg war dieser über Finnland nach Südamerika geflüchtet. Eingestellt wurde das Verfahren gegen Männil durch den estnischen Generalstaatsanwalt – mit der knappen Begründung, es hätte sich ausschließlich um Verbrechen der Besatzungsmacht gehandelt.

Damit wurden implizit alle von Esten begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der NS-Besatzung von 1941 bis 1944, faktisch jedoch sogar von 1940 bis zum Ende der Zugehörigkeit zur Sowjetunion, aufgrund des Okkupationsstatus' des Landes als juristisch nicht existent deklariert. Männil gehört zu den Top 10 der Fahndungsliste des Simon-Wiesenthal-Zentrums, welches unter anderem NS-Kriegsverbrecher weltweit aufspürt und ihrer Strafe zuzuführen gedenkt. Im Jahr 2004 erklärte das Zentrum, die Entwicklungen in Estland hin zu einer Glorifizierung des Nationalsozialismus seien nicht verwunderlich in einem Land, welches keinen einzigen Nazi-Kriegsverbrecher je rechtlich belangt hätte und in dem sich laut Umfragen 93% der Bevölkerung gegen die Schaffung eines nationalen Feiertags für die Opfer des Holocaust aussprechen würden.[2]

DIE RACHE DES »BRONZENEN SOLDATEN«

So ist in dem baltischen Staat seit Jahren die Schaffung eines estnischen Geschichtsbildes im Gang, womit auf die Herausbildung einer exklusiven estnischen Erinnerung und damit auch auf die Marginalisierung der russischen Minderheit im Land hingearbeitet wird. Dazu tragen weite Teile der konservativen Eliten des Landes bei, welche einseitig die Geschichte funktionalisieren, um mit ihr Politik zu machen. Auffallend viele konservative Politiker sind von Haus aus Historiker und haben in dieser Verbindung einen besonders privilegierten Zugang zur Interpretation der Vergangenheit und deren Propagierung. Gleichzeitig wird versucht, die schwere sowjetische Vergangenheit zu vergessen oder am besten einfach verschwinden zu lassen, um das einheitliche Geschichtsbild ohne störende Relikte aus der Zeit vor der »Stunde Null« etablieren zu können.

Im April 2007 wurde im Zuge dieser Politik der »Bronzene Soldat«, ein Kriegerdenkmal zu Ehren sowjetischer Soldaten, aus der Innenstadt Tallinns auf einen Soldatenfriedhof verlegt. Dabei kam es zu Straßenschlachten und Plünderungen, bei denen über 1100 Menschen festgenommen und Hunderte verletzt wurden. Ein Angehöriger der russischen Minderheit kam ums Leben. Das rechts-konservative Lager um den amtierenden Premierminister Andrus Ansip hatte die Verlegung des Denkmals zum Wahlkampfthema gemacht und so die Gräben zwischen der estnischen und der russischen Volksgruppe wieder weit aufgerissen. Damit waren die Bemühungen der vorangegangenen Jahre, die Integration der russischen Minderheit voranzutreiben und eine heterogene, aber friedliche Nation zu schaffen, zunichte gemacht worden. Sogar die sonst liberale Postimees, Estlands größte Tageszeitung, ließ sich zu einer Hasstirade gegenüber den vermeintlich ausschließlich russischen Krawallmachern hinreißen und schrieb, es handle sich nicht um zivilisierte Menschen, sondern um »russischen Abschaum«.[3] Dabei wurde übersehen, dass auch ethnisch estnische Jugendliche voller Enthusiasmus an Zerstörungen und Plünderungen beteiligt gewesen waren. Diese Unruhen als direkte

Folge der Regierungspolitik stießen in liberalen estnischen Kreisen auf strikte Ablehnung. Die schärfsten Regierungskritiker wurden in der nachfolgenden Diskussion durch das konservative Lager teilweise als Nestbeschmutzer verunglimpft und mit dem Terminus »Rote Wissenschaftler« tituliert, um deren angebliche Nähe zur Sowjetunion zu betonen.

GESCHICHTSBEWUSSTSEIN UND SENSIBILITÄT

Zudem sorgten in der Diskussion in Estland die Vorwürfe von Politikern und Militärs für Unmut, bei den Unruhen hätte es sich um einen von Moskau gesteuerten Umsturzversuch der russischen Minderheit im Land gehandelt. Dabei tat sich vor allem der estnische Justizminister Rein Lang hervor, der in Estland als strikter Gegner der Einführung rechtlicher Sanktionen für die Leugnung des Holocausts und eines dementsprechenden Gedenktages bekannt ist. Bei seiner Geburtstagsfeier im Sommer 2007 in einer rustikalen Kneipe bat Lang seine Gäste in der Einladung, in der Verkleidung von Besuchern Münchner Wirtshäuser der 1930er Jahre zu erscheinen. Als Rahmenprogramm wurde exklusiv das antifaschistische Ein-Mann-Theaterstück »Adolf« dargeboten, welches einen fiktiven Monolog Hitlers kurz vor seinem Selbstmord darstellt und zuvor für kontroverse Schlagzeilen gesorgt hatte. Zu späterer Stunde posierte der Minister vor einer überdimensionalen Hakenkreuzfahne, welche Teil der Bühnendekoration war. Gekrönt wurde die Groteske von der »Wikigate-Affaire« - nach dem Vorfall hatte ein Benutzer des Internetlexikons Wikipedia immer wieder die entsprechenden Passagen zur Geburtstagsfeier aus der Biografie Langs entfernt, welcher sich schließlich als dessen Mitarbeiter herausstellte. Überraschenderweise gab es jedoch kaum Rücktrittsforderungen gegenüber Lang. Bei einer vergleichbaren Affäre musste der estnische Verteidigungs- und ehemalige Außenminister Jaak Jõeruut, zuständig auch für die estnischen Museen, im September 2005 von der Spitze des Verteidigungsministeriums zurücktreten, weil ein Museumsdirektor in Tallinn - ein ehemaliger Botschafter und Staatsminister im Außenministerium - ein T-Shirt mit der Aufschrift »Kommunisten in den Ofen« getragen hatte.

Wie dargestellt, war Estland vor den Beitritten zu EU und NATO bemüht, internationale Schlagzeilen aufgrund einer einseitig nationalen Geschichtspolitik zu vermeiden. Dazu sollte auch eine »Internationale Historikerkommission« beitragen, welche auf europäischen Druck 1998 in Estland geschaffen wurde. Das deutsche Mitglied der estnischen Kommission ist Wolfgang Freiherr von Stetten (CDU), ehemaliges MdB, Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande. 1997 löste von Stetten den ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, als Präsident des Studienzentrums Weikersheim ab, und bekleidete dieses Amt bis 2003. Das Studienzentrum Weikersheim gilt als rechts-konservative Denkfabrik, welche bekennenden Antisemiten ein Forum bietet und als Netzwerk der »Neuen Rechten« gilt. Allerdings gehören der Kommission auch keine Historiker an - die Forschungen wurden an eine regierungsnahe, rein estnische Gruppe von Historikern abgegeben, deren Ergebnisse wenig aufschlussreich sind.

AUSBLICK

So erscheint die aktuelle estnische Beschäftigung mit der Vergangenheit als ein einziger, den gesamten Korpus des Staates einnehmender Reflex auf die leidvolle Vergangenheit unter sowjetischer Besatzung. Dabei befremdet jedoch, dass auch im Angesicht einer Einbindung in EU und NATO keine eigene Politik auf diesem Gebiet gemacht wird, sondern man immer abhängig ist von Russland. Eine kritisch-reflektierte Beschäftigung mit der Vergangenheit wird der Bedingung unterworfen, erst müsse der große slawische Nachbar einen Schritt zur Aufarbeitung der Geschichte machen. Damit stellt sich Estland auf eine Stufe mit dem zusehends zu Autoritarismen neigenden russischen Regime unter Putin und Medwedjew. Stattdessen müsste die Regierung in Tallinn vor allem ein innenpolitisches Instrument der Politik wiederentdecken: Das Mittel des Dialogs zwischen den Volksgruppen, welches in den vergangenen Jahren immer weniger genutzt wurde. ✖

ANMERKUNGEN

✖ 1 »В Эстонии установлен крест в память о штандартенфюрере СС« *[In Estland wurde ein Kreuz zum Gedenken an SS-Standartenführer aufgestellt]. Ukrainisches Nachrichtenportal Podrobnosti vom 18. Mai 2004; http://www.podrobnosti.ua/society/2004/05/18/121732.html (13.12.2008)*

✖ 2 *»Wiesenthal Center protests erection of monument commemorating Estonian SS-division which fought with Nazis in World War II«. Pressemitteilung des Simon-Wiesenthal-Zentrums vom 25. August 2004; http://www.wiesenthal.com/site/apps/nl/content2.asp?c=bhKRI6PDInE&b=296323&ct=350557 (06.01.2009)*

✖ 3 *»Nädala nägu: Tundmatu vene pätt« [Das Gesicht der Woche: Unbekannter russischer Abschaum]. Estnische Tageszeitung Postimees vom 28. April 2007; http://www.postimees.ee/300407/esileht/arvamus/257707.php (21.12.2008)*

ÜBER DEN AUTOR

✖ *Felix Münch ist Autor des gerade erschienen Buches »Diskriminierung durch Geschichte? Der Deutungsstreit um den ›Bronzenen Soldaten‹ im postsowjetischen Estland«, Tectum Verlag Marburg, 145 Seiten, EUR 24,90*

Ideologische Hegemonie des Nationalismus in Kroatien

»Sve za Hrvatsku, a Hrvatsku nizašto!«

DARIO BRENTIN

»Alles für Kroatien, aber Kroatien für Nichts!« – In unserer globalisierten Welt sind politische Prozesse oftmals schnelllebig und von kurzer Dauer. Die Konstanz des kroatischen Nationalismus über die letzten 20 Jahre ist aus diesem Blickwinkel umso bemerkenswerter.

Als die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien Ende der 1980er Jahre aus einer ökonomischen Krise in eine Legitimitätskrise eintrat, waren die sich zeigenden Nationalismen in den einzelnen Republiken zu »Sprengmeistern des jugoslawischen Systems« geworden. Neben dem schwelenden serbischen Nationalismus, war es vor allem der kroatische Nationalismus, welcher die zentripetalen Kräfte innerhalb des Gesamtstaates förderte und durch sein politisches Zentrum, den kroatischen Nationalstaat als conditio sine qua non bedingte. Bei dem vorliegenden Artikel soll (und kann) es sich jedoch nicht um eine konzise historische Aufarbeitung handeln, sondern um den Versuch die wichtigsten theoretischen Implikationen und dominierende Wirkungsmuster des kroatischen Nationalismus und seiner hegemonialen Stellung in den 1990er Jahre beziehungsweise dessen Nachwirkungen auf die heutige Zeit aufzuzeigen. Vier Phasen können in den 1990er Jahren unterschieden werden, der Nationalisierungsprozess (1989/90), Konflikt-/Kriegsperiode (1990-1995), die hegemoniale Stellung der HDZ (Hrvatska Demokratska Zajdnica – Kroatische Demokratische Union) und Tuđman im kroatischen Nationalismus (1995-1999) und die Phase der Transformation des kroatischen Nationalismus nach dem Tod Tuđmans bis heute (1999/2000-2008).

»POLITISCHES ERWACHEN«

Die Geschichte des ersten Jugoslawien (1918-1941) sowie die Gründung des faschistischen NDH-Marionettenregimes (1941-1945) stellen zwei wichtige Perioden dar, die nachhaltig den kroatischen Nationalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mitbestimmt haben. Für meine Untersuchung, werden zwar diese historischen Implikationen bedacht, der Fokus liegt jedoch auf der Entfaltung des »staatsschaffenden« Nationalismus Ende der 1980er Jahre und seiner weiteren Entwicklung. Den Ausgang möchte ich im so genannten »kroatischen Frühling« 1971 nehmen, welcher als erster Versuch der kroatischen politischen Elite gesehen werden kann, die »nationale Frage« wieder in den Mittelpunkt der jugoslawischen Politik zu stellen. Der Ruf nach Liberalisierung und der Aufwertung kroatischer kultureller Autonomie stand im Zentrum der antikommunistischen Bewegung, welche nach ihrer Niederschlagung zu einem »Ende des kroatischen Jugoslawismus« (Banac 2001, 31) führte, da die Inhaftierung beziehungsweise Ausweisung vieler AktivistInnen als nationale Erniedrigung empfunden wurde und einen enormen jugoslawischen Identitätsverlust bedeutete. Für die Zeit nach den politischen Säuberungen bis hin zu der Nationalisierung wird die kroatische Teilrepublik in der wissenschaftlichen Literatur aufgrund der relativen »Ruhe« oft auch als »the silent republic« (Bideleux/Jeffries 2007, 194) bezeichnet.

Zu einer erneuten Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung kam es erst Ende der 1980er Jahre, als mit der einsetzenden jugoslawischen Legitimationskrise eine langwierige innerparteiliche Diskussion einsetzte, in der die Konflikte und Differenzen zwischen Reformern und Konservativen immer deutlicher wurden. Die lähmende Wirkung des Diskussionsprozesses war mitunter einer der Gründe für ein rapides Absinken der Legitimität des kroatischen BdK (Bund der Kommunisten) innerhalb der Bevölkerung und spitzte sich im Dezember 1989 zu, als die Partei nach langer Diskussion auf ihrem Parteitag de facto ihr politisches Monopol ablegte und die ersten Mehrparteienwahlen ankündigte. In einem turbulent ablaufenden und intensiven Prozess wurde innerhalb kürzester Zeit eine Vielzahl politischer Parteien gegründet, welche um die Gunst der kroatischen

Wählerschaft buhlte. Die beiden vielleicht ausschlaggebenden Gründe für die rasche Etablierung der HDZ als einzige politische Option, welche die kroatische Eigenstaatlichkeit sichern könnte, waren der Einfluss der katholischen Kirche in der kroatischen Gesellschaft und die kroatische Diaspora. Beide unterstützten implizit und explizit die HDZ und Franjo Tuđman, die einen mit »geistiger«, die anderen durch finanzielle Unterstützung.

UNABHÄNGIGKEIT UND KRIEG

Der nationalistische Diskurs hatte zu diesem Zeitpunkt gegenüber gesamt-jugoslawischen Diskursen längst Überhang gewonnen und so war es kaum verwunderlich, dass bei diesen Wahlen im April und Mai 1990 die HDZ einen deutlichen Sieg verbuchen konnte und Tuđman zum neuen kroatischen Präsidenten bestimmt wurde. Ein Grund für die 2/3 Mehrheit der HDZ bei »nur« 41% der gewonnen Stimmen war, dass vor dieser Wahl vom kroatischen BdK noch implementierte Mehrheitswahlrecht, welches nur große Parteien bevorzugen würde. Von Seiten des BdK wurde erwartet, dass es in der Opposition zu einer Vielzahl von Splittergruppen kommen würde und sie davon profitieren könnten. Doch was eigentlich zu einem Vorteil für die mittlerweile in »Partei des Demokratischen Wandels« umbenannte Kommunistische Partei werden sollte, sicherte der HDZ eine absolute Mehrheit im Parlament. Der Prozess der Nationalisierung konnte mit den Wahlergebnissen kaum mehr gestoppt werden, da zu diesem Zeitpunkt »jugoslawische« Lösungen im politischen Diskurs vollkommen marginalisiert beziehungsweise inexistent waren.

Der Wahlsieg der HDZ entfesselte eine überwältigende »nationale Euphorie«, die offen ausgelebt und zelebriert wurde. Im Laufe des Jahres 1990 begann nämlich aus dem nationalen Diskurs Realität zu werden - die politische Elite schritt entschlossen in Richtung Unabhängigkeit. Nur war das Land politisch und ideologisch geteilt. Die serbische Minderheit, welche in der neu beschlossenen Verfassung nicht mehr wie bisher als konstituierendes Volk der kroatischen Republik verankert war, erkannte die neu geschaffenen staatlichen Institutionen nicht an. Da sich das Referendum um eine Unabhängigkeit Kroatiens vom 19. Mai 1991, welches von der serbischen Minderheit boykottiert wurde, deutlich für eine Sezession aus dem bestehenden Staatenbund aussprach, kam es am 25. Juni desselben Jahres zu ihrer Ausrufung. Zu dieser Zeit waren die ersten Scharmützel zwischen der neugegründeten kroatischen Armee und serbischen paramilitärischen Gruppen im vollen Gange und sollten sich zu einem blutigen Konflikt entwickeln. Der Krieg sollte bis zu der Militäraktion »Oluja« im Sommer 1995 andauern, als die kroatische Armee mit logistischer Hilfe der USA, die Gebiete der (international nie anerkannten) »Republik Serbische Krajina« zurückerobern konnte. Ob der militärischen Übermacht der kroatischen Armee ordneten die serbischen Machthaber eine Evakuierung der Bevölkerung an, was zu einem Exodus von über 200.000 Serben und Serbinnen führte. Im Zuge der Aktion wurden zahlreiche serbische Häuser vernichtet, zurück bleibende (v.a. ältere Menschen) getötet und später vertriebene Kroaten aus Bosnien und Herzegowina in den Ortschaften angesiedelt, was die Rückkehr der serbischen Bevölkerung enorm erschwerte.

NATIONALE HEGEMONIE UND DEREN EROSION

Dieser »Erfolg« mutierte zu einem enormen verstärkenden Faktor der herrschenden Machtverhältnisse im Staat. Der »unantastbare« Präsident erhielt immer mehr messianische und sakrale Attribute zugeschrieben, was zu einer fast unhinterfragten Legitimität der politischen Elite führte. In den kommenden Jahren war die kroatische Politik gekennzeichnet von einer absolutistischen Herrschaft von Tuđman und seiner HDZ, welche es geschafft hatten, politische und ideologische

Hegemonie zu erringen. Diese Phase sollte jedoch aufgrund sozialer Realitäten der Bevölkerung nicht von langer Dauer sein. In einer Atmosphäre von Autoritarismus und Repression gegen alternative Politiken, begann nämlich immer mehr ein Erosionsprozess zu wirken, der die Probleme des Staates immer deutlicher erkennen ließ. Hohe Arbeitslosigkeit, Armut, persönliche Bereicherung von Einzelpersonen im Privatisierungsprozess, HDZ-Vetternwirtschaft, eine desolate wirtschaftliche Lage, welche nicht mehr auf einen Kriegszustand zurückgeführt werden konnte, sowie eine weitgehende internationale Isolation führten zu einer Diskreditierung der herrschenden politischen Eliten. In diese Phase einer relativen Legitimitätskrise fällt zu dem die schwere Erkrankung von Präsident Tuđman, an welcher dieser am 11.12.1999 letztendlich stirbt. Die unmittelbar darauf folgenden Parlamentswahlen vom 3.1.2000 bringen eine politische Zäsur. In Kroatien wird mit ihnen ein Demokratisierungsprozess losgelöst, welcher das Land aus der Isolation in den europäischen Integrationsprozess einbinden konnte. Zunächst mit einer Sechserkoalition unter der Leitung von Ivica Račan und nach deren Scheitern 2004 unter der Regierung einer gewandelten HDZ hat Kroatien den Status eines Musterschülers unter den in Kriegshandlungen verwickelten Staaten Südosteuropas erreicht. Doch dieser Schein bleibt nur bei einer oberflächlichen Betrachtung erhalten, denn die zehn Jahre unter der Regentschaft Tuđmans haben tiefe Spuren in der kroatischen Gesellschaft hinterlassen. Mit der politischen Zäsur 2000 kann nämlich keinesfalls von einem Wechsel der herrschenden nationalistischen Ideologie ausgegangen werden – diese blieb bis auf wenige Modifikationen bis zum heutigen Tage konstant.

WAS BLIEB ÜBRIG?

Für Franjo Tuđman war das selbst proklamierte Hauptmotiv seines Lebenswerkes der kulturrassistische Gedanke, Kroatien beziehungsweise ihre angebliche mitteleuropäische, katholisch-westliche Identität aus den Fängen des »Balkanischen« für alle Ewigkeit zu befreien (Buden 2001, 32). Dieses »Ziel« konnte, in der nationalistischen Argumentationsspur bleibend, nur durch eine Politik erreicht werden, deren einzige Existenzberechtigung beziehungsweise -grund in der Schaffung und Verteidigung einer kroatischen Nationalstaatlichkeit lag. Als zentraler politischer Inhalt wurde die diskursive Verschmelzung von Partei (HDZ), Präsident (Tuđman) und Nation (unabhängiges Kroatien) in eine zusammenhängende kroatische Identität, das bedeutendste Ziel von Tuđman und auch der ausschlaggebende Grund für seine wahlpolitischen Erfolge. Der Präsident selbst drückte dies bei einer seiner pathetischen Reden deutlich aus, als er betonte, dass es »ohne Tuđman, keine HDZ und somit auch kein Kroatien gegeben hätte«.

Die Weichen für den Erhalt einer ideologischen Hegemonie des Nationalismus in Kroatien wurden zu Beginn der 1990er Jahre gestellt und stellen die wichtigsten gesellschaftlichen Einflussfaktoren dar, die trotz sich ändernder Verhältnisse der letzten 20 Jahre de facto gleich geblieben sind. In Kroatien ging der Prozess der Nationalstaatsbildung mit einem Transformations- beziehungsweise Restaurationsprozess der gesellschaftlichen Verhältnisse einher. Neben der Einführung eines (scheinbaren) liberal-demokratischen Parlamentarismus, einem Mehrparteiensystem, einer (neo-)liberalen Marktwirtschaft, wurde weiters eine Re-Interpretation von Geschichte, ethnische Identifikationsprozesse, Nationalismus, (Re-)Patriarchalisierung, sowie eine Re-Säkularisierung des Staates seitens der nationalen Machteliten forciert. Der ideologische Kern des kroatischen Nationalismus beruhte dabei auf einer Reduktion und der Ausschließlichkeit von (a-) historischen Dichotomisierungen, wie zum Beispiel der Berufung auf die unüberbrückbaren Unterschiede zwischen Begrifflichkeiten wie Jugoslawien – Kroatien, »Balkan« – »Europa«, »Serbentum« – »Kroatentum« usw. (Paić 2006, 103). Die diskursive Herstellung dieser dichotomisierten Gesellschaftsbildes wurde zu einem zentralen Moment der Herrschaftsausübung der kroatischen politischen Elite. Sie übte die Funktion einer Metakategorie aus, mit deren Anwendung die Akteursstruktur in einem klaren Freund-Feind-Schema überschaubar blieb. Die polarisierende Darstellung hatte zur Folge, dass nicht sehr lange gezögert werden musste/konnte, mit welcher scheinbar homogenen Akteursgruppe (»Wir« – »Die«) man sich zu identifizieren hat, da man sonst zu einem »stillschweigenden Mittäter am eigenen Genozid« oder »Vaterlandsverräter« werden würde.

Der Versuch alles positiv konnotierte des »Balkanischen« beziehungsweise »Jugoslawischen« aus dem politischen Diskurs zu entfernen nahm in Kroatien beträchtliche Ausmaße an. Neben politischen Symbolen, Straßennamen, antifaschistischen Gedenkstätten usw. welche bewusst geändert wurden, stand die Abgrenzung vom »Balkanismus« und die damit verbundene Zugehörigkeit zur »europäischen Demokratie« am obersten Platz der politischen Agenda des jungen Nationalstaates. Die Festsetzung der Geschichtsversion vom »künstlichen Gebilde Jugoslawien« in dem die zivilisatorisch überlegenen katholischen Nationen, von den rückständigen barbarischen seit über 80 Jahren unterdrückt worden sind, war von großer Bedeutung, um die scheinbaren ideologischen, kulturellen Unterschiede zwischen den jugoslawischen Nationen für Jeden und Jede deutlich zu machen. Die ideologische Dominanz von Tuđman und der HDZ-Politik konnte mit Hilfe der katholischen Kirche diese hegemoniale Version »der« kroatischen Identität verfestigen – diejenigen die nicht in dieses Raster passten, wurden aus der kroatischen Gesellschaft exkludiert, sie waren anti-kroatisch oder gar jugoslawische Agenten usw. Die »Sakralisierung« der kroatischen Nation sollte als die ultimative Rechtfertigung für Eigenstaatlichkeit fungieren. Für den kroatischen Schriftsteller Ivan Rogić-Nehajev war »die Schaffung des kroatischen Staates [...] gleichzeitig das zentrale Ziel der kroatischen Geschichte. Durch das Schaffen dieses Staates haben sich die Kroaten, zu dieser Überzeugung stehend, aus der Geschichte direkt in das Paradies katapultiert«. Noch heute ist diese Tatsache in (fast) allen politischen Lagern Konsens und eine anderweitige Positionierung würde den politischen Suizid bedeuten. Der aggressive Nationalismus der 90er Jahre hat es geschafft, in den Köpfen der Menschen ein bestimmtes Geschichtsbild zu installieren – Jugoslawien als Völkergefängnis, Kroatien als unschuldigen Insassen und Serbien als Gefängnisdirektor. ✖

LITERATURVERWEIS

× *Banac, Ivo:*
Raspad Jugoslavije. Eseji o nacionalizmu i nacionalim sukobima, Zagreb 2001

× *Bideleux, Robert und Jeffries, Ian:*
The Balkans. A post-Communist history, New York 2007

× *Buden, Boris: Njegova posljedna pobjeda, in:*
Buden, Boris: Kaptolski kolodvor. Politicki eseji, Belgrad 2001

× *Paić, Hrvoje: Kroatien. Europa- und Balkanvorstellungen in Kroatien; in:*
Džihić, Vedran/Nadjivan, Silvia/Paić, Hrvoje/Stachowitsch, Saskia:
Europa – verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, Wien:
Braumüller 2006, S. 95-157

Revidierte Erinnerung an den Faschismus in Serbien und Kroatien

Zwischen verordnetem Antifaschismus und Antifaschismus

TODOR KULJIĆ, PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT, BELGRAD

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Erinnerungskultur radikal verändert. Das gilt auch für die Einstellung gegenüber dem Faschismus: Eine neue, der Zukunft zugewandte Wirklichkeit will sich immer auch eine neue Vergangenheit schaffen. Die Verschränkung von Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft ist wesentlich für die menschliche Zeitlichkeit und das historische Bewusstsein. Die Vergangenheit besteht nicht nur aus Ereignissen, sondern aus Entwicklungen, die von heute aus gesehen einen Sinn ergeben. Dominiert heute immer noch die antifaschistische Erinnerungskultur, oder eine ganz andere? Und auf welche Weise setzen politische Eliten neue Formen der Erinnerung durch?

Es scheint so, dass die anti-antifaschistische Erinnerungskultur in den Balkanländern in den vergangenen 15 Jahren die Vorherrschaft übernommen hat. Sie zeigt sich in unterschiedlicher Form: »Patriotische« Intellektuelle haben Milan Nedic[1] auf die Liste der 100 bedeutendsten Serben gesetzt; Tschetniks[2], in Schulbüchern als Antifaschisten bezeichnet, verteidigen ihre Veteranen. Der 20. Oktober 1944[3] wird als Tag der Besetzung und nicht als Tag der Befreiung interpretiert; antifaschistische Symbole werden von Straßenschildern entfernt, usw. Es ist allgemein bekannt, dass wir lange eine verordnete, Einparteien-Erinnerungskultur an den Faschismus hatten, die geschickt die Jahre 1941 bis 45 auf eine Erzählung über 7 Offensiven[4] reduzierte. Doch plötzlich wurde dieses verordnete Geschichtsbild durch eine noch auffälligere Ausschließlichkeit ersetzt: eine Ablehnung des Antifaschismus, die als »totalitär« all das über Bord warf, was rational, historisch notwendig, progressiv, europäisch und aufklärend war. Zynischerweise orchestrieren ehemalige Kommunisten - die neuen anti-Antifaschisten - diese veränderte Erinnerungskultur. Es sind Ex-Kommunisten, die einen Ravna-Gora-Orden[5] einfordern und für die besiegten Quislinge[6] in Bleiburg[7] einen Kranz niederlegen.

Jeder Nationalismus - und wir leben seit 15 Jahren in einer Atmosphäre eines zur Norm gewordenen Nationalismus - lehnt Antifaschismus ab und wendet sich statt dessen einem effekthaschenden Faschismus zu. Aber da Antifaschismus als gesamteuropäischer Patriotismus anerkannt ist, muss der Begriff nationalen Bedürfnissen angepasst werden. Verschiedene nationalistische Strömungen (Tschetniks, Domobrani[8] usw.) setzen sich antifaschistische Masken auf und relativieren damit Antifaschismus. Kann ein Nationalist überhaupt Antifaschist sein? Kaum, wenn Antifaschismus nicht nur bewaffneten Widerstand gegen die Besatzungsarmee bedeutet, sondern auch den Kampf gegen alle engstirnigen Ideologien, die den Menschen ihre Gleichwertigkeit absprechen.

Der oben erwähnte Prozess reift langsam, in Abhängigkeit von den aktuellen politischen Machtverhältnissen, währenddessen die anti-antifaschistische Geschichtserzählung Form annimmt. Er hat mehrere Stufen durchlaufen: Zunächst hatten wir für lange Zeit den verordneten Antifaschismus als Eckpfeiler der Brüderlichkeit und Einigkeit und als Gegengewicht gegen Nationalismus. Dann starb Tito; danach begannen Perestroika und der latente Kampf um das Monopol über das »zum

Opfer gewordene serbische Volk« in den 1980er Jahren - letztendlich nur ein Vorwand, um die Beziehungen in der jugoslawischen Föderation neu zu arrangieren. Als Mitte der 1980er Jahre die Frage nach dem jeweiligen Anteil der jugoslawischen Nationen an der Befreiung [von der deutschen Besatzung] gestellt wurde, verwandelte sich Antifaschismus in Nationalismus. Es folgten die Auflösung Jugoslawiens und der Krieg. Dennoch wurde in den 1990ern Antifaschismus in Serbien offiziell immer noch hoch gehalten, während die Opposition den anti-Antifaschismus Schritt für Schritt entwickelte. Ravna Gora wurde uminterpretiert zum Geburtsort eines »authentischen« serbischen Antifaschismus, Belgrad und die Sremfront[9] wurden zu neuen Orten kommunistischer Verbrechen, Quislinge zu Opfern erklärt, während der Tag des Aufstands, der 7. Juli 1941, zu einem Tag wurde, an dem Serben auf Serben schossen. Nach 2000 wurde all das Teil der offiziellen Erinnerungskultur. Der Republik wurde ihr Tag der Republik genommen, Monarchisten wurden Antifaschisten gleichgestellt, die ehemalige königliche Familie wurde entschädigt, monarchistische Stimmen wurden immer lauter.

VERLEUGNUNG DES ANTIFASCHISMUS NIMMT UNTERSCHIEDLICHE FORMEN AN

Aber diese Prozesse verliefen nicht überall in Ex-Jugoslawien gleich. Während des Krieges in Kroatien in den 1990ern war Antifaschismus unwillkommen: Ustascha-Emigranten kehrten zurück, Kroatien stützte sich auf das vereinigte Deutschland und die politische Führung mobilisierte die Massen mit Hilfe von Nationalismus. Antifaschistische Gesänge wurden von dem Lied »Danke Deutschland« abgelöst und in dem Vukovar-Konflikt sangen sich Kroaten Mut an mit »Ein junger Ustascha stirbt auf dem Schlachtfeld«. Ustaschi wurden als die engagiertesten Kämpfer gegen die Jugoslawische Volksarmee und den serbischen Widerstand anerkannt. Bis zu Tudjmans[10] Tod dominierten Antitotalitarismus und der Versuch, die Vergangenheit der Ustaschi vom Faschismus reinzuwaschen. Der ehemals offizielle kommunistische Historiker D. Bilandzic etikettierte Kommunisten und Ustaschi als totalitär und Domobrani und Unterstützer der Kroatischen Bauernpartei HSS als Demokraten. Die Erinnerungsgeografie hat Jasenovac[11] lang ignoriert, weil Bleiburg zum Altar für das kroatische Opfer stilisiert worden war. Im Jahr 2004 zeigten sich dann die ersten Anzeichen für eine taktische Verschiebung hin zu einer anderen Interpretation von Antifaschismus. Unter dem Druck, sich schneller auf Europa zu zu bewegen, übernahm Kroatien einen neuen Slogan - »Ja zum Antifaschismus, nein zum Kommunismus«. Dieser Slogan wurde vom kroatischen Ministerpräsidenten Ivo Sanader im März 2004 in Jasenovac aus der Taufe gehoben. Stipe Mesic, der Präsident, stellte Antifaschismus sogar noch deutlicher als Grundpfeiler für Kroatiens Staatlichkeit in den Vordergrund. Auf diese Weise wurde Antifaschismus nationalisiert; dem Begriff wurde seine linke Geschichte ausgetrieben.

In Serbien hingegen passierte genau das Gegenteil: In der Milosevic-Ära wurde offiziell am Antifaschismus festgehalten, wenn auch in einer ebenfalls nationalisierten Form. Zu dieser Zeit war es die Opposition, die anti-Antifaschismus propagierte: Um die Legitimität der serbischen Sozialistischen Partei anzugreifen, stellte sie das Monopol der Partisanen auf den Widerstand im Zweiten Weltkrieg in Frage. Seit 2001 ist der offizielle anti-Antifaschismus in Serbien in der Offensive. Diskussionen über den Antifaschismus der Tschetniks kulminierten 2003 mit der Veröffentlichung von Geschichts-Schulbüchern. Milan Nedic wird aus ganzem Herzen rehabilitiert, Dimitrije Ljotic[12] vom Faschismus gereinigt. In Slowenien finden wir heute eine ähnliche These über das »Zweckbündnis« (im Gegensatz zu einem tatsächlichen Bündnis) der Domobrani mit der Besatzungsmacht. Angeblich war die kommunistische Gefahr so groß, dass die Domobrani gezwungen waren, patriotisch mit den Besatzern zusammen zu arbeiten. Auf diese Weise wird nicht nur Kollaboration, sondern auch moralische Verantwortlichkeit relativiert. Ganz ähnlich wird in Serbien und Kroatien die »kommunistische Gefahr« benutzt, um anti-Antifaschismus zu rechtfertigen. Obwohl in allen drei Ländern weit verbreitet, sind diese Thesen in Serbien, Kroatien und Slowenien in unterschiedlichem Ausmaße Teil des Systems geworden. Sie nützen auch nicht immer gleich viel bei dem Versuch, die Rechte von antifaschistischen und antikommunistischen Veteranen einander anzugleichen. Der anti-Antifaschismus der serbischen Opposition war lange vor Milosevics Ablösung gereift; danach wurde er zur Staatsdoktrin. Während in Kroatien seit 2001 die Erinnerungspolitik langsam aber sicher Abstand vom Chauvinismus Tudjmans nahm - im März 2004 in Jasenovac haben sich I. Sanader und V. Seks auf den Boden des europäischen Antifaschismus und Minderheitenschutzes gestellt - finden wir in Serbien (...) eine Kehrtwende zum anti-Antifaschismus. Auch wenn die beiden nationalistischen Entwicklungen (in Serbien und Kroatien) verwandt sind, sind sie doch nicht parallel verlaufen. Während sich der Balkan offensichtlich hin zu einem partikularistischen oder nationalen Antifaschismus bewegt, wächst in Serbien der anti-Antifaschismus. Dabei geht es nicht nur um eine übertriebene und verspätete Reaktion auf Milosevics Sozialismus, sondern um einen tief verwurzelten Widerstand gegen die radikale Nationalismuskritik der Antifaschisten. Aus diesem Grund wurde der Antifaschismus der Tschetniks rehabilitiert und, im Rahmen des hegemoniellen Diskurses über kommunistische Verbrechen, wurden Quislinge zu Opfern umgedeutet.

UNIVERSELLER ANTIFASCHISMUS ALS ÜBERFLÜSSIGE VERGANGENHEIT

Es ist unwahrscheinlich, dass in dieser Region die Auseinandersetzung um Symbole des Faschismus, Nationalismus und Sozialismus in naher Zukunft aufhört. Gesellschaften in der Krise haben immer die Erinnerungskultur in dem Sinne genutzt, dass die Vergangenheit ein universeller Bezugsrahmen ist, aus dem sich Sinn und Kontinuität ableiten lässt. Universeller Antifaschismus hat zwei Seiten - eine äußere, den Widerstand, und eine innere, die den Kampf gegen alle Formen von Nationalismus beinhaltet. Die Werte, die dieser Antifaschismus propagiert, unterscheiden sich von denen eines nationalen Antifaschismus. Ein neues Bild des nationalen Antifaschismus mit kämpfenden Tschetniks im Zentrum wurde in serbischen Schulbüchern 2003 geprägt; es soll mit dem angeblichen Irrtum aufräumen, das Antifaschismus hierzulande immer antinationalistisch war. Alles Übernationale wurde aus der umgedeuteten, 1804 geborenen, nationalliberalen antifaschistischen Bewegung getilgt. Die Ereignisse in Orasac 1804[13] und in Bela Crkva 1941[14] werden nicht mehr auf dem gleichen Zeitstrahl verortet. Die Erinnerung an die Befreiung wurde eingeengt und gesäubert, sie wurde nationalisiert. Die Vergangenheit lastet schwer auf der Gegenwart; diese wehrt sich, indem sie die Vergangenheit instrumentalisiert. Kulturen unterscheiden sich in der Art, wie sie mit der Vergangenheit zu Rande kommen. (...) Wir nutzen unsere Erinnerung als symbolischen Bezugsrahmen, der unser Verhalten und unsere Selbstwahrnehmung steuert. In diesem Kontext ist die Vergangenheit der Bezugsrahmen, der unsere Realität mit Bedeutung versieht. Daher ist es nur logisch, dass kritisches Geschichtsbewusstsein überall dort weniger Chancen hat, wo es Kriege und ethnische Konflikte gibt.

Es ist nicht verwunderlich, dass der wirkliche jugoslawische Antifaschismus erfolgreich in mehr oder weniger konstruierte kroatische, slowenische und serbische Versionen aufgespalten wurde und dass Brüderlichkeit und Einigkeit, die Ideale der Französischen Revolution, zu Symbolen des Verrats erklärt wurden. In diesem Geiste kriminalisiert die Verfassung der Republik Kroatien im Artikel 141 explizit jede »Restauration einer jugoslawischen Gemeinschaft, also Balkanzusammenschlüsse in jedweder Form«. Es ist offensichtlich, dass ein solcher kroatischer Antifaschismus gleichbedeutend mit einem antijugoslawischen »Argument« ist. Auf der anderen Seite scheint der serbische Antifaschismus gleichbedeutend mit Antikommunismus zu sein.

Nationalismus verschönert und formt die Vergangenheit, statt sie in Frage zu stellen. Nur zögerlich spricht Nationalismus vom Faschismus, weil er weiß, dass beide verwandt sind. Die Bedeutung der Vergangenheit ist abhängig vom historischen Bewusstsein, das in der Gegenwart verwurzelt ist und sich einer neuen Zukunft zuwendet. Es war der neue serbische Nationalstaat, der die offizielle Anerkennung der Tschetnik-Bewegung als antifaschistisch forderte; genau wie vor etwa zehn Jahren Slowenien und Kroatien nationalen Antifaschismus aufs Schild hoben und übernationale Symbole der Partisanenbewegung durch neue Denkmäler ersetzten. Neue Herrscher suchen sich aus der Vergangenheit aus, was vom Standpunkt der hegemoniellen Ideologie nützlich ist. Wer die Interpretation der Vergangenheit monopolisiert, kontrolliert die Gegenwart und schreibt das Bild der Zukunft fest. ✖

ANMERKUNGEN

✖ 1 *Milan Nedic (2. September 1878 in Grocka; † 4. Februar 1946 in Belgrad) war durch die Deutschen, die Serbien besetzten, als Ministerpräsident eingesetzt worden. Er stand der so genannten »Regierung der nationalen Rettung« von 1941 bis 1944 vor.*

✖ 2 *Als Tschetniks werden die zumeist königstreuen Partisanen im zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet Jugoslawiens bezeichnet. Historisch gehen sie auf die Kämpfe in Bulgarien und Serbien gegen das Osmanische Reich im 19. Jhd. zurück.*

✖ 3 *Am 20. Oktober 1944 befreite die Jugoslawische Volksbefreiungsarmee, entgegen den Absprachen mit der Roten Armee, Belgrad.*

✖ 4 *Die als »sieben Offensiven« bekannt gewordenen Aktionen der Achsenmächte gegen die jugoslawischen Partisanenverbände dauerten von 1941 bis 1944.*

✖ 5 *Als Ravna Gora-Bewegung wird die königstreue Widerstandsgruppe unter Dragoljub Draža Mihailović, einem Offizier der königlichen jugoslawischen Armee, bezeichnet. Mihailović wurde General der Tschetniks und Verteidigungsminister der Exilregierung. Ravna Gora selbst ist ein Gebirgszug im Westen Serbiens.*

✖ 6 *»Quislinge« sind Kollaborateure der Deutschen in den besetzten Ländern Europas, nach dem norwegischen Nationalsozialisten Vidkun Abraham Lauritz Jonsson Quisling.*

✖ 7 *Bleiburg in Kärnten, Österreich, war der Ort, an dem die mit den Deutschen verbündete kroatische Ustascha-Armee sich bedingungslos den britischen Truppen ergab. Im Anschluss an die Kapitulation wurde diese nach Jugoslawien ausgeliefert. Als Massaker von Bleiburg werden die Massentötungen von Militärangehörigen insbesondere der Ustascha-Armee durch die Jugoslawische Volksbefreiungsarmee bezeichnet. Im Verlauf der Rückführung nach ihrer Kapitulation und Entwaffnung wurden diese Opfer von Exekutionen und Todesmärschen.*

✖ 8 *Die kroatische Armee Hrvatsko domobranstvo (deutsch in etwa »Kroatische Heimwehr« oder »Kroatischer Heimatschutz«) wurde ursprünglich nach dem Ungarisch-Kroatischen Ausgleich im Jahr 1868 gegründet, nach der Errichtung des Königreiches Jugoslawien aufgelöst und bestand erneut während des Zweiten Weltkrieges. Häufiger wird die abgekürzte Bezeichnung Domobrani (kroat. »domobran«, dt. etwa »Heimatschützer«) verwendet.*

✖ 9 *Srem (Syrmien) ist eine Region in Südosteuropa, deren westlicher Teil im kroatischen Ostslawonien und deren östlicher Teil im Westen der serbischen Provinz Vojvodina liegt.*

✖ 10 *Franjo Tudjman, erster kroatischer Präsident nach dem Zerfall Jugoslawiens.*

✖ 11 *Gemeinde in Zentralkroatien, in der sich im Zweiten Weltkrieg das größte Konzentrationslager auf dem Balkan befand, das von der kroatischen Ustascha geführt wurde.*

✖ 12 *Dimitrije Ljotic war Gründer und Chefideologe der 1934 gegründeten ZBOR, der einzigen relevanten faschistischen Partei im serbischen Teil des Königreiches Jugoslawien.*

✖ 13 *Im Ersten Aufstand der Serben gegen die osmanische Herrschaft spielte die Gegend um das heutige Aranđelovac eine Hauptrolle. Am 14. Februar 1804 versammelten sich im kleinen Dorf Orašac, 5 km nördlich von Aranđelovac, einige Serbenführer und riefen den Serbischen Aufstand aus. Den Aufständischen diente die Gegend als Rückzugsort.*

✖ 14 *Am 7. Juli 1941 ermordete ein Partisan zwei Polizisten in Bela Crkva, womit dieser Tag zum Gedenken an die Befreiung zelebriert wird.*

Von »faulen Zigeunern« und »diskriminierten Roma«

Anmerkungen zum »Roma-Problem« in Bulgarien und Rumänien

I MICHAEL MEZNIK UND TINA OLTEANU

DIE TRANSFORMATION ALS SOZIOÖKONOMISCHER ABSTIEG

Während viele Menschen in Bulgarien und Rumänien insbesondere das erste Jahrzehnt der Transformation als eine Phase des sozialen und ökonomischen Abstiegs erlebten, haben sich viele Härten dieser Zeit auf die unter dem Kommunismus nur oberflächlich integrierten Roma besonders negativ ausgewirkt. Roma, die nicht selten vor 1989 zur Sesshaftigkeit gezwungen worden waren, verloren ihre Arbeitsplätze etwa im Agrarbereich oder im industriellen Niedriglohnsektor, wo sie überwiegend beschäftigt waren. Da die wirtschaftliche Transformation sich besonders stark auf diese Sektoren auswirkte, gehörten die Roma somit zu den ersten Verlierern der Marktwirtschaft nach dem Ende der kommunistischen Staaten. Auf dieses ökonomisch bedingten Hintergrundes sind Roma überproportional von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen, wobei die ohnehin maroden Sozialsysteme nur eine ungenügende Absicherung ermöglichen. Im Gegensatz zur übrigen Landbevölkerung konnten sie auch nicht auf die Restitution vormals enteigneten Grundbesitzes warten, da ihre soziale und ökonomische Marginalisierung eine lange Tradition hat.

Die Armut hat in Bulgarien und Rumänien dafür gesorgt, dass (auch hier wieder insbesondere die Landbevölkerung und insbesondere Roma) Schul- und Ausbildung nicht mehr für alle BürgerInnen gleichermaßen zugänglich sind. Die Zahl derjenigen, die gar keine oder nur eine rudimentäre Schulausbildung genießen, steigt kontinuierlich an. Weite und damit teure Schulwege, Lehrmittel und mehr oder minder von den unterbezahlten Lehrern erzwungene Nachhilfestunden lassen den Schulbesuch zum Luxus werden. Sanktionen seitens des Staates, etwa die Auszahlung des Kindergeldes in Abhängigkeit vom Schulbesuch, wirken nicht selten kontraproduktiv.

Doch durch die kommunistische Überformung und den gesellschaftlichen und industriellen Wandel ist eine Rückkehr zu traditionellen Einkommensquellen ebenso versperrt: Ohne eine Romantisierung der Lebensverhältnisse vornehmen zu wollen, ist jedoch festzustellen, dass Roma, obwohl auch damals diskriminiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt, in bestimmten ökonomischen Nischen ihr Auskommen hatten, etwa in bestimmten handwerklichen Bereichen oder auch als Pferdezüchter. Viele dieser traditionellen Berufe sind durch die Modernisierung unter dem Staatssozialismus überflüssig geworden.

ROMA-HETZE ALS INSTRUMENT DES POLITISCHEN DISKURSES

Roma befinden sich sowohl historisch als auch aktuell häufig in den Rollen der Sündenböcke. Insbesondere zu Beginn der Transformation wurden sie immer wieder Opfer von Gewaltausbrüchen. Selten wurden die rumänischen Täter zur Verantwortung gezogen, eher noch die involvierten Roma vor Gericht gebracht. Diese Form der kollektiven Gewalt gegen die Minderheit ist seit Mitte der 1990er Jahre stark zurückgegangen. Gleichzeitig wird aber immer wieder festgehalten, dass Roma besonders stark polizeilicher Gewalt und Übergriffen ausgesetzt sind. Dies lässt sich auch in den Fortschrittsberichten der EU zu Rumänien als Konstante in der Kritik zum damals bevorstehenden Beitritt verzeichnen.

Mit der Bezeichnung Roma wird in Bulgarien und Rumänien gemeinhin Diebstahl, Kriminalität und Verwahrlosung assoziiert. In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2006 gaben 51 Prozent der Befragten an, dass sie Roma nicht als Nachbarn möchten. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die Roma auch auf politischer Ebene stark marginalisiert sind (sowohl bezüglich einer Repräsentation in den staatlichen Strukturen als auch auf der politischen Ebene). Auf der Ebene der Populärkultur entwickelte sich interessanterweise eine der ersten rumänischen TV-Soaps »Das Herz des Zigeuners« zum absoluten Straßenfeger. Die klischeehafte Darstellung von Leidenschaft, Liebe, Loyalität, Verrat, exorbitantem Reichtum, Armut und Kriminalität traf den Nerv der rumänischen Mehrheitsbevölkerung und wurde ebenso von rumänischen SchauspielerInnen dargestellt. Man spricht über Roma, allerdings nicht mit ihnen.
Doch diese allgemeine Wahrnehmung in der Bevölkerung lässt sich ebenso in der politischen Elite wieder finden. Ausfällige Bemerkungen gegen Roma können konsequenzenlos getätigt werden. Corneliu Vadim Tudor, Vorsitzender der rechtsextremistischen Partei »Großrumänien« hat wiederholt die Internierung, Erschießung etc. von Roma gefordert. Im Jahre 2000 erhielt seine Partei sogar über 20 Prozent der Stimmen bei den Wahlen zum rumänischen Parlament. Positiv ist, dass seiner Partei 2008 der Wiedereinzug ins Parlament misslang. Doch diese verbalen Ausfälle gegen Roma sind kein Spezifikum der explizit extremistischen Partei »Großrumänien«, sondern gehören fast zum »guten Ton«. So verlangte der renommierte Historiker Cioroianu, der zum damaligen Zeitpunkt den Posten des Außenministers inne hatte »scherzhaft« die Internierung von Personen, die dem Ansehen Rumäniens schaden, in ein ägyptischen Wüstenlager. Wer damit gemeint war, war sonnenklar. Erst nach internationalem

Protest ließ sich Cioroianu zu einer Entschuldigung herab. Bereits vor seiner Benennung zum Außenminister hatte er in der Wochenzeitschrift Dilemma – die für das »intellektuelle Rumänien« steht – die Roma in einem Bukarester Stadtteil als »dreckig und kriminell« hingestellt. Doch befindet sich Cioroianu in bester Gesellschaft: Der rumänische Staatspräsident Băsescu bezeichnete eine Journalistin als »stinkende Zigeunerin«. Rücktrittsforderungen, öffentliche Empörung oder Kritik blieben weitgehend aus.

Gerne wird die tatsächliche oder auch angedichtete Roma-Abstammung von Personen des öffentlichen Lebens (und vor allem von Politikern) instrumentalisiert, um diese in Misskredit zu bringen.

Besonders ambivalent war das Verhalten rumänischer Politiker zum Zeitpunkt der Ausschreitungen gegen rumänische Roma in Italien. Auf der einen Seite wurde betont, dass so nicht mit rumänischen Staatsbürgern umgegangen werden kann, gleichzeitig beeilte man sich aber, zwischen Rumänen und Roma zu differenzieren. Erstere verursachen keine Probleme, letztere beschädigen das Bild der Rumänen im Ausland. Ebenfalls eher der internationalen Bühne geschuldet ist, dass der bereits erwähnte rumänische Präsident Băsescu sich für die Ermordung von Roma während des rumänischen Holocaust öffentlich entschuldigte.

Es gehen also höchstgradig diskriminierende Aussagen und eine formelle Anerkennung von Roma als Minderheit Hand in Hand. So sind die Roma zwar mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten, welcher wie auch weitere 17 nationale Minderheiten nach einem besonderen Schlüssel gewählt wird, doch keine der vielen Roma-Parteien hat bisher die Fünf-Prozent Hürde überwunden. Zudem vertritt der jeweilige Roma-Parlamentarier, die spezifischen Interessen der Roma nicht besonders intensiv und nicht erfolgreich. Vielmehr zeichnet sich der politische Diskurs durch eine konsensuale Diskriminierung und Diffamierung dieser Minderheit aus. Es bedarf also nicht unbedingt einer extremistischen Partei, wenn solche Einstellungen gegenüber Roma mehrheitsfähig sind. Roma sind damit Staatsbürger zweiter Klasse.

Um die Repräsentation der Interessen der Roma im politischen System ist es sowohl in Rumänien als auch in Bulgarien eher schlecht bestellt. Fallweise gebildete Wahlbündnisse von Roma- und anderen Minderheitenorganisationen dienen in erster Linie der – in beiden Ländern anzutreffenden – Interessenverfolgung einer kleinen Parteielite und ihr nahestehender Wirtschaftstreibender. Anders als in Rumänien befinden sich in Bulgarien jedoch extrem nationalistische und offen minderheitenfeindliche Bewegungen auf dem Vormarsch. Zuletzt waren es die Erfolge der allgemein als rechtsextrem eingestuften ATAKA-Partei, die Bulgarien in die Negativ-Schlagzeilen internationaler Medien brachten. Die vom früheren Journalisten Volen Siderov angeführte politische Kraft erreichte bei den letzten Parlamentswahlen 2005 mehr als 8% der Stimmen. Siderov selbst kandidierte im Jahr darauf bei den Präsidentschaftswahlen und erhielt im zweiten Wahlgang fast 25% der Stimmen. In beiden Wahlkämpfen hatte Siderov, der auch Autor zweier eindeutig antisemitischer Bücher ist, mit extrem nationalistischen Parolen aufhorchen lassen und sowohl gegen die türkische als auch gegen die Roma-Minderheit Stimmung gemacht. In seiner Darstellung erschien vor allem Letztere als »diebische, gewaltbereite und die bulgarische Mehrheitsbevölkerung terrorisierende« Minderheit, die angesichts ihrer »überproportionalen Vermehrung« eine Gefahr für den Fortbestand der bulgarischen Nation darstelle. Zu diesen offensichtlich dem klassischen Repertoire anti-ziganistischer Hetze entlehnten Attacken kam noch der Vorwurf der »Privilegierung« durch die die Roma »großzügig versorgenden« westlichen Institutionen. Auch wenn die vielen Stimmen für ATAKA (zuletzt über 14% bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2007) nicht ausschließlich mit der Identifikation der Wählerschaft mit solchen Parolen zu erklären sind und wohl auch eine diffuse Protesthaltung bei vielen ein Wahlmotiv darstellt, stellt sich die Frage nach den Ursachen der tatsächlich angespannten Beziehungen zwischen den Roma und (weiten Teilen) der Mehrheitsgesellschaft. Es dominieren bisweilen eher weltanschauliche und einer nüchternen Analyse der Verhältnisse letztlich abträgliche Positionen: Vor allem internationale Institutionen und die vielfach in ihrem Auftrag vor Ort agierenden NGOs kritisieren die schleppende oder unvollständige Umsetzung einschlägiger Anti-Diskriminierungs-Rechtsnormen. Sie dokumentieren Fälle von ziviler und polizeilicher Gewaltanwendung gegen Roma und sehen letztlich im tief verwurzelten Rassismus die gesellschaftliche Ursache des Problems.

Dem entgegen steht die quer durch alle Schichten anzutreffende Haltung, die den Roma sowohl die Fähigkeit als auch den Willen – wenn schon nicht zu einer ›Integration' – so zumindest zu einem spannungsfreien Zusammenleben abspricht. Hier wird gerne auf das Scheitern auch vom sozialistischen Regime in Bulgarien unternommener Assimilierungsversuche verwiesen und je nach Radikalität zu Ignoranz oder harter Repression gegen eine in beiden Fällen als ›unverbesserlich' angesehene Bevölkerungsgruppe geraten.

Die soziale Realität trifft jedoch weder das Bild vom ›stehlenden Zigeuner' noch jenes vom ›Roma als Opfer rassistischer Diskriminierung', da beide weitgehend losgelöst von den eingangs skizzierten sozioökonomischen Verhältnissen in den Transformationsgesellschaften argumentieren. In eben diesen Verhältnissen liegt aber ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der Verhaltensweisen und Urteile sowohl der Mehrheitsbevölkerung als auch der Roma. Auch wenn es nicht ganz zur ›Opfer-These' passen mag: Selbstverständlich gibt es Roma, zu deren Überlebensstrategie auch Diebstahl oder der Rückgriff auf die minimalen staatlichen Transferleistungen, die infolge des Kinderreichtums überproportional in Anspruch genommen werden, gehören. Das hat auch damit zu tun, dass der Weg zurück in die lange gepflegte Nischenexistenz in traditionellen Handwerksberufen infolge der Modernisierung der Gesellschaft durch den Staatssozialismus versperrt ist. Zudem sind die meisten Roma auf Grund ihres niedrigen (Aus-)bildungsniveaus, das wiederum mit Diskriminierung im Bildungssystem zu tun hat, von bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes von vornherein ausgeschlossen. Die angesichts der allgemein schwierigen sozialen Lage angewandten Überlebensstrategien sind freilich nicht in den Wertehorizont der von den negativen Folgen der Transformation ebenfalls stark betroffenen Mehrheitsbevölkerung zu integrieren. Innerhalb derer leidet die Mehrzahl immer noch unter den nach dem Ende des Sozialismus eingetretenen Status-Verlusten und sieht sich zugleich mit den umfassend propagierten Verheißungen der westlichen Leistungs- und Konsumgesellschaft konfrontiert, die freilich unter den gegenwärtigen Bedingungen – trotz »Leistung« – für die meisten unerreichbar bleiben. Der Rückgriff auf die Roma als Sündenböcke liegt in dieser Situation nahe und wird im Falle Bulgariens von Kräften wie ATAKA und Siderov sehr geschickt für die eigenen politischen Zwecke praktiziert.

Ein Ausweg aus dieser Sackgasse zeichnet sich zumindest mittelfristig nicht ab. Der Bürgermeister der Hauptstadt Sofia und Vorsitzende der GERB-Partei, Bojko Borisov, der gute Chancen hat nach den nächsten Parlamentswahlen im Juni 2009 bulgarischer Ministerpräsident zu werden, hat bereits mehrfach bewiesen, dass er es versteht, Ressentiments gegen die Roma mit handfesten ökonomische Interessen zu verknüpfen: Im Sommer 2008 ordnete er die Planierung notdürftiger Roma-Siedlungen in der Hauptstadt Sofia an. Begründet wurde dieses Vorgehen mit den fehlenden Genehmigungen für die bescheidenen Quartiere. Dem Vernehmen nach sollte aber vor allem das Terrain für lukrative Bauvorhaben geräumt werden. ✖



Roma in Rumänien

Ausgrenzung par excellence

I ALBERT ZECHERU / ZAG

In Rumänien leben die meisten Roma in ganz Osteuropa. Bei Volkszählungen erklärt sich eine große Zahl von ihnen, vor allem die sesshaften Roma als Rumänen oder Ungarn. Aktuelle Schätzungen nehmen zwei bis drei Millionen Roma innerhalb rumäniens an.

Die große Mehrheit der Roma spricht Rumänisch, ein kleiner Teil - in Siebenbürgen - ungarisch. Manche sprechen auch noch Roma-Dialekte. In den ehemaligen Siedlungsgebieten der Siebenbürger-Sachsen und Banater-Schwaben gab es bis zum Zweiten Weltkrieg auch deutschsprachige Roma. Die meisten Roma sind sesshaft, nach wie vor gibt es aber nomadisierende Roma.

Dokumentiert ist das Leben der Roma seit Ende des 14. Jahrhunderts in den Fürstentümern Moldau und Walachei, aus deren Zusammenschluss im 19. Jahrhundert der rumänische Staat hervorging. Sie waren Leibeigene und wurden mit den Gütern verkauft. Mit der Aufhebung der Leibeigenschaft 1856 wurde ihre Rechtlosigkeit beendet. 200.000 Roma wurden befreit. Die Roma erhielten nie eine Anerkennung als Nationalität und waren damit als Minderheit rechtlich sehr schlecht gestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg überwiegend längst sesshaft geworden, lebten sie am Rande von Dörfern und Städten ihr eigenes Leben, obwohl sie mit den Bewohnern durch vielfältige Berufstätigkeiten (Erntehelfer, Händler, Handwerker) verkehrten.

Von der Mehrheitsgesellschaft stets ausgeschlossen und diskriminiert, konnten die Roma bis zum Zweiten Weltkrieg, für ihren Lebensunterhalt in weitgehender wirtschaftlicher Autonomie selbst aufkommen. Mit Beginn des Krieges waren sie von Deportationen nach Bessarabien und Transnistrien betroffen. Allein aus Bukarest und Umgebung sollen unter der Antonescu-Diktatur 25.000 Roma deportiert worden sein. 36.000 sollen - laut Bericht der rumänischen Kommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen - in Folge der Deportationen in Rumänien zu Tode gekommen sein.

In den 1950er Jahren unternahm die damalige Regierung unter Gheorghe Gheorghiu-Dej Schritte zur Anerkennung der Roma. Jedoch zeigten sich darin - beispielsweise traten nun Roma Chöre bei Staatsakten auf - die ambivalente anti-ziganistische Haltung der rumänischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Roma: Bewunderung für Zigeunerromantik und Musiktalent der Roma, bei gleichzeitiger Verachtung ihres Lebens in direkter Nachbarschaft.

Die relativ kleine Gruppe der nomadisierenden Roma wurde vor allem unter Nicolaie Ceauşescu zur Sesshaftigkeit gezwungen. Man konfiszierte ihre Wägen und Zelte und verwies sie in leer stehende, vormals enteignete, Bauernhöfe. Zudem wurde durch die massive Industrialisierung vielen Roma die Lebensgrundlage entzog. Ein Verbot privaten Kleingewerbes, sowie die Annullierung der Handels- und Handwerkszulassungen der Roma tat ein Übriges und beschleunigte die wirtschaftliche und soziale Verelendung. Der unter Ceauşescu forcierte Nationalismus trug zur weiteren Diskriminierung der Roma bei. Als Ärgernis empfanden nun viele Rumänen - rumänisch: Romani - bereits den Namen der Roma - rumänisch: Romi. Die Ähnlichkeit war ihnen zu nah. Zudem wurden die Rumänen im ungarischen Kneipenchauvinismus als Zigeuner bezeichnet, die in das innerhalb dieses Weltbildes eigentlich angestammte ungarische Siebenbürgen irgendwann im Mittelalter herumziehend eingedrungen seien.

Ab der »kleinen Kulturrevolution« 1971 wurde der verelendete Teil der Roma weitgehend sich selbst überlassen. In der Öffentlichkeit war von den Roma nun nicht mehr die Rede, selbst ihre folkloristischen Auftritte wurden stillschweigend eingestellt. Dies war die allgemeine Methode der Ceauşescu-Nomenklatur Probleme zu lösen: man ließ sie verschwinden und verbannte sie aus der Öffentlichkeit. Ceauşescus Rumänien war ein Land der gesunden Mehrheit. Vielleicht konnten sich deshalb so viele mit dem politischen Regime identifizieren. Von den Roma war ebenso wenig die Rede wie von Behinderten oder Homosexuellen.

Elend, Analphabetentum aber auch die diskriminierende Gesetzgebung begünstigten die Kriminalisierung der Roma. Dennoch treffen die meisten nur ihnen geltenden Vorwürfe nicht zu: Mit den beginnenden 1980ern wurde der Schwarzmarkt in der ansonsten zum Stillstand gekommen Binnenökonomie überlebensnotwendig. Nach 1989 wurde den Roma dann vorgehalten, sie hätten unter Ceauşescu den Schwarzhandel beherrscht. Tatsächlich waren viele Roma-Familien am Schwarzhandel beteiligt gewesen. Zum einen blieb ihnen häufig gar nichts anderes übrig und zum anderen aber beschäftigte sich halb Rumänien in irgendeiner Form mit Schwarzhandel. Vermutlich wäre es ohne einen florierenden Schwarzhandel und einer entsprechenden Korruption viel früher zu einem Kollaps des Regimes gekommen.

Letztlich lässt sich sagen, dass die Roma nach dem Zweiten Weltkrieg immer weiter in die wirtschaftliche und soziale Verelendung gedrängt und gesellschaftlich ausgeschlossen wurden. Ausgenommen waren davon nur die Roma, die zu einer völligen Assimilation bereit waren und dann - anerkanntermaßen - zu dem wurden, was sie letztlich vorher schon waren: Rumänen. ✖

Verschiebung von Problemen

Dublin II und Polen und der Versuch antirassistischer und flüchtlingspolitischer Arbeit zu Osteuropa

ARI – POLEN OST AG

Bisher blieb sowohl im Tagesgespräch wie auch in den Diskussionen der Antira-Szene die Situation an den Ostgrenzen der EU oft unterbelichtet. Die Rolle der östlichen Randstaaten der EU ist jedoch in den letzten Jahren in Bezug auf die Flüchtlingspolitik stark gewachsen. Besonders nach der Osterweiterung des Schengen-Raums im Januar 2008 ist neben einer Südroute über das Mittelmeer ein zweiter Weg von Flüchtlingen nach Europa über Osteuropa in das Augenmerk der europäischen GrenzschützerInnen gerückt; in einem hohen Tempo wurden die Grenzen militärisch gesichert und die Grenzpolitik an westeuropäische Normen angepasst. In der Region Transkarpatien entstand eine militärisch befestigte Grenzlinie mit Internierungslagern für Flüchtlinge aus dem globalen Süden und der ehemaligen UdSSR; für Flüchtlinge, die versuchen Krieg, Totalitarismus oder Armut zu entgehen, indem sie in die europäischen Anschlussländer flüchten. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit in Richtung Osten sind die konkreten Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Polen. Wir verfolgen deshalb das Schicksal von zurückgeschobenen Flüchtlingen und halten auch nach Abschiebung Kontakt zu ihnen. In diesem Zusammenhang haben wir mehrere Recherchereisen nach Polen unternommen und Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die Antira- und Flüchtlingsarbeit machen, kennen gelernt. Wir möchten auf die folgenschweren Auswirkungen der Dublin II-Verordnung, eines wesentlichen Bestandteils der unmenschlichen Asyl- und Migrationspolitik Europas, aufmerksam machen. Diese Verordnung regelt das Asylverfahren in der ganzen EU seit 2004. Dadurch haben die Flüchtlinge, die in die EU gelangen nicht mehr das Recht, das Land ihres Exils selbst zu wählen. Sie müssen ihren Asylantrag im ersten EU-Land stellen, das sie erreichen und in dem sie registriert werden.

DAS DUBLIN II-VERFAHREN – ODER: DIE LÜGE VON DER ANGLEICHUNG DER STANDARDS IM FLÜCHTLINGSBEREICH AUF EU EBENE

Das Dublin II-Verfahren regelt, welcher Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Dublin-Staaten sind alle Staaten in der EU plus Norwegen und Island. Das erste Land, in dem ein Flüchtling registriert wird, ist zuständig für sein Asylverfahren. Die Weiterwanderung in ein anderes Land ist de facto nicht mehr möglich. Es wird behauptet, dass die EU-Länder ihre Asylrechtssprechung sowie die Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge weitestgehend »harmonisiert« haben. Daher soll es für einen Flüchtling nicht wichtig sein, in welchem Land er seinen Antrag stellt. Die Flüchtlinge werden, so die offizielle Rechtsprechung, innerhalb von sechs bis acht Monaten in das Land, in dem sie zum ersten Mal registriert wurden, abgeschoben. Für 85% dieser Menschen ist es Polen. Die Realität dieser Harmonisierung sieht anders aus. Die Praxis zeigt, dass die nationale Rechtsprechung sehr unterschiedlich ist, was die Gewährleistung von fairen und effizienten Asylverfahren betrifft. War die Anerkennungsquote für tschetschenische Flüchtlinge 2005 in Österreich bei über 90%, lag sie 75 km weiter in der Slowakei bei unter 1%. Die reichen EU-Kernländer schieben mittels der Dublin II-Verordnung ihre Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf die ärmeren EU-Randländer, insbesondere die neuen Beitrittsstaaten, ab. Diese sind mit der Flüchtlingsaufnahme oftmals überfordert. Statt den Schutz der Flüchtlinge zu gewährleisten, werden diese in manchen Ländern systematisch inhaftiert oder es warten (geschlossene) Lager auf sie. Die Anwendung der Dublin II-Verordnung führt indirekt zu einer Zunahme von Haftbefehlen gegen Menschen, die auf der Suche nach Schutz sind. Um die Dublin II-Verfahren effizienter zu vollziehen, haben die Mitgliedsstaaten die Inhaftierung von Asylsuchenden laut des UN High Commissioner for Refugees (UNHCR) und des European Council on Refugees and Exiles (ECRE) massiv ausgedehnt.

TRANSIT

Die Gründe, warum die Flüchtlinge innerhalb der EU trotz Dublin II dennoch weiterreisen, sind vielfältig. Gleichwohl die Flüchtlinge wissen, dass sie kriminalisiert werden können, wenn sie illegal die Grenze überschritten haben; dass sie im Falle einer Rückschiebung in Haft genommen werden; dass der Asylantrag nach einer Rückschiebung eher negativ beschieden wird; um die Lebensbedingungen des Staates wissen, in den sie zurückgeschoben werden; dass Flucht bzw. Weiterwanderung hohe Kosten zur Organisierung der Flucht, extremen psychischen Stress, Gefahren und Risiken auf dem Fluchtweg selbst bedeuten, nehmen sie den Transit auf sich. Um nicht in das Asylverfahren eines Staates gedrängt zu werden, in dem sie keine Chance zu leben sehen, ziehen Flüchtlinge es vor, illegal zu leben. So bleiben nach wie vor insbesondere die neuen EU-Staaten in Osteuropa Transitländer, da die Flüchtlinge weiterwandern, um dann in den europäischen Kernländern Asyl zu beantragen. Die Lebensbedingungen der Flüchtenden sind in den jeweiligen EU-Ländern sehr unterschiedlich. Insbesondere ist der Zugang zur medizinischen und psychotherapeutischen Behandlung oft eingeschränkt. Für Menschen, die besonders schutzbedürftig, traumatisiert oder Überlebende von Folter sind, steht nicht in allen Staaten Hilfe zur Verfügung. Gerade wenn der Lebensstandard in dem jeweiligen Aufnahmeland unzureichend ist, sind es Verwandte, Freunde und Bekannte, die einem helfen, das Leben im Exil erträglicher zu machen. Oftmals müssen die Familien sich trennen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten fliehen, so dass die einzelnen Familienmitglieder über die gesamte EU verstreut werden. Aufgrund der Dublin II-Verordnung hat lediglich die Kernfamilie, also Eheleute und deren minderjährige Kinder, das Recht zusammenzuleben.

GESCHLOSSENE UND OFFENE AUFNAHMEZENTREN

Zum Thema geschlossener und offener Aufnahmezentren für Flüchtlinge und AntragstellerInnen auf Asyl hält das Europäische Parlament (EP) in einem Bericht vom Dezember 2007 folgendes fest:

(Es gebe) ... Probleme bei diesen Formen der Unterbringung, darunter die übermäßige Dauer der Internierung (bis zu 12 Monate), sowie die überaus schwierigen Haftbedingungen (Nutzung von Einrichtungen für Strafgefangene, Internierte müssten in ihren Zellen bleiben, sportliche Betätigung im Freien sei eingeschränkt). Diese Situation würde verschiedene Formen der Misshandlung fördern, zudem herrsche ein Mangel an Maßnahmen zur Vorbeugung und Identifizierung von Fällen von Misshandlung und Gewalt, da die Einrichtungen nach außen hin geschlossen sind, zudem seien unabhängige NGOs nicht in ausreichendem Maße präsent. Oft gebe es keinen Zugang zu Telefonen sowie zu wenig oder ungenügende Rechtsberatung für die Internierten.

POLEN

Die Aufnahmezentren in Polen werden vom »Amt für die Organisation von Zentren für ausländische Staatsangehörige« (BOO) verwaltet, das dem Ministerium für Inneres untersteht. Das BOO hat eigene Zentren und mietet auch Zentren von privaten Unternehmen. Im November 2006 vermerkt das UNHCR, dass im Januar 2006 17 Aufnahmezentren für rund 3400 AsylbewerberInnen zur Verfügung gestanden hätten. Im Jahre 2007 verwaltete das BOO 20 Zentren. Wie aus der Statistik hervorgeht sind die Heime überfüllt. Im Juni 2007 hält die UNHCR fest, dass die Lebensbedingungen in einigen Aufnahmezentren schwierig seien, was zu einer Reihe sekundärer Probleme führen könne. In einem Zentrum sei es zum Beispiel nicht unüblich, dass alleinstehende Männer in einem Zimmer mit Familien mit Kleinkindern untergebracht würden. Einige Frauen und Mädchen hätten von Schikanierungen und Belästigungen berichtet, was zu einem allgemeinen Gefühl von Unsicherheit unter Frauen und Mädchen führe. AsylbewerberInnen hätten sich zudem über das Essen in Aufnahmezentren beschwert, das monoton und inadäquat sei. Selbst an Wasch- und Reinigungsutensilien herrsche Mangel, was die Aufrechterhaltung hygienischer und Sauberkeitsstandards in den Unterkünften erschwere. Für die Kinder in den Gewahrsamszentren gibt es zudem keine geregelte Schulbildung. Laut diesem UNHCR-Bericht hätten sich AsylbewerberInnen aller Altersgruppen darüber beschwert, dass der Zugang zu medizinischer Behandlung, unter anderem für behinderte Personen, schwierig sei. Gesundheitsdienstleistungen würden durch Sprachprobleme erschwert, besonders in schwierigen Fällen; zudem sei es schwer, von den abgelegenen Aufnahmezentren zu medizinischen Spezialisten zu gelangen, da diese zu weit entfernt sind. Viele Opfer von Trauma und Gewalt, darunter viele Frauen, würden keine Betreuung erhalten; es gebe auch kein System, um Traumata und Gewalterfahrungen zu identifizieren, da die MitarbeiterInnen dazu nicht ausgebildet und die angebotenen psychologischen Dienstleistungen unzureichend seien. Geistig beeinträchtigte Personen würden manchmal mit anderen AsylbewerberInnen untergebracht, was zu Sicherheitsproblemen führen könne. Das Committee Against Torture hat sich zudem besorgt über die Bedingungen in Transitzonen und Abschiebehaftanstalten geäußert, in denen ausländische Staatsbürger untergebracht sind, die auf ihre Abschiebung warten. So sei im Oktober 2006 ein tschetschenischer Staatsbürger gestorben, nachdem ihm medizinische Versorgung im Aufnahmezentrum von Lesznowola verwehrt worden sei. Nach dem Amnesty International (AI)-Bericht vom Mai 2008 sind Personen mit »toleriertem Aufenthalts«-Status, viele von ihnen Tschetschenen aus der Russischen Föderation, weiterhin von Integrationsprogrammen ausgeschlossen, da diese nur anerkannten Flüchtlingen zur Verfügung stehen. Es habe weiterhin Anschuldigungen gegeben, dass AsylbewerberInnen in einigen geschlossenen Anstalten inadäquate medizinische Versorgung erhalten.

FLÜCHTLINGSPOLITISCHE UND ANTIRASSISTISCHE ARBEIT ZU OSTEUROPA

Die Situation in Polen ist nur ein Beispiel für das, was sich in den neuen EU-Ostländern abspielt.
Aufgrund der geografischen Lage Berlins und Brandenburgs sehen wir uns in der Verantwortung, das Thema Flucht und Migration in Osteuropa mehr in den Fokus antirassistischer Arbeit zu stellen. Deswegen wurde ein Schwerpunkt die Arbeit zu Polen. Dies ist für uns als Deutsche mit einigen Schwierigkeiten verbunden. An Informationen heranzukommen ist schwierig. Es gibt vor Ort kaum Netzwerke von Non-Governmental Organizations (NGOs), die unabhängig agieren. Viele sind durch EU-Gelder aufgebaut worden und dementsprechend abhängig. Eine antirassistische Szene, wie wir sie aus Westeuropa kennen, gibt es aus unterschiedlichsten Gründen nicht wirklich, vielleicht weil antira-Arbeit in der Regel dort keine Tradition hat. Linke Gruppen sind inhaltlich eher anders (antifa-/anarchomäßig etc.) orientiert. So versuchen wir, das Schicksal von zurückgeschobenen Flüchtlingen zu verfolgen und auch nach der Abschiebung Kontakt zu ihnen zu halten. ✖

Wir, die ARI – Polen Ost AG, verstehen uns als offene Gruppe. Wir treffen uns 14tägig und freuen uns über Unterstützung. Kontakt zu uns ist über die ARI [Antirassistische Initiative Colbestr. 19, 10247 Berlin, ari-berlin@gmx.de Tel.: 030-785 72 81, Fax: 030-786 99 84] möglich.

- **✖ Wir fordern das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle.**
- **✖ Asyl für alle verfolgten Menschen.**
- **✖ Für das Recht, aus unterdrückten Regionen zu emigrieren, um in anderen Ländern zu arbeiten.**
- **✖ Wir fordern die Abschaffung des Visaregimes.**
- **✖ Für die Abschaffung der Grenzpolitik der Festung Europa, die in den letzten Jahren zu staatlich sanktioniertem Mord an Tausenden von Menschen an seinen Grenzen geführt hat.**
- **✖ Frontex abschaffen! Dublin II abschaffen!**

KURZ VORGESTELLT



Unbequeme Wahrheiten

▮ ANDREAS NOWAK / ZAG

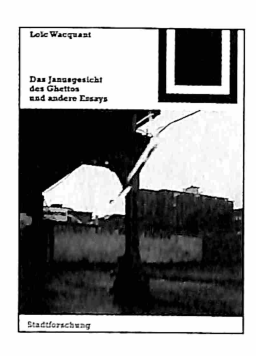
Polen hat seinen Mythos als Opfer, welches zwischen den jeweiligen Großmächten verschiedener Zeiten zerstückelt und unterdrückt wurde lange Jahre kultiviert. Daher erschien es nach 1989 als ein Angriff auf die nationale Identität, dass auch Polen an Verfolgung von Juden und Pogromen beteiligt waren.

Vielmehr sahen sie sich nicht unberechtigt als Helfer und Retter von Juden. Der selbstgeschaffene Mythos diente als nationaler Kitt über verschiedene Interessen und Zeiten hinweg. Aufgebrochen wurde er durch die Frage: Wie halten wir es mit den Juden? Wie halten wir es mit dem Antisemitismus?

Anhand von Zeitschriften und Zeitungstexten verfolgen die Herausgeberinnen die verschiedenen Debatten nach der Mitschuld an der Judenverfolgung unter der Besetzung durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg, der Bedeutung Ausschwitz in der Erinnerungskultur sowie von Pogromen durch die Zivilbevölkerung während der Okkupation und nach der Befreiung Polens.

Die fünf Kapitel werden durch die Herausgeberinnen eingeleitet, so dass die Zusammenhänge, in denen die Texte entstanden, klar werden. Doch hätte ich mir längere Beiträge ihrerseits gewünscht. Als Textsammlung gibt das Buch die polnische Debatte um das Verhältnis der Polen zu den Juden zwar gut wieder, aber mehr nicht. Nach dem Lesen des Bandes wird klar, dass die hier versammelten Anstöße zu einer differenzierteren Betrachtung der polnischen Geschichte bedauerlicherweise zu häufig am nationalen Mythos abprallen, der verschiedenen konservativen Interessen als nützliches Bollwerk gegen ungewünschte gesellschaftliche Veränderungen erscheint.

✖ Barbara Engelking, Helga Hirsch (Hg.): Unbequeme Wahrheiten. Polen und sein Verhältnis zu den Juden. edition suhrkamp 2561, 2008, 309 Seiten - Euro 12,00 [D] / Euro 12,40 [A] / sFr 21.70 [ISBN 978-3-518-12561-8]

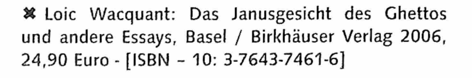


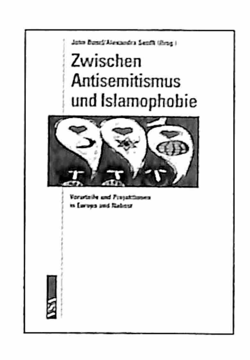
Das Janusgesicht des Ghettos

▮ JANA SEPPELT / ZAG

Die in der Essaysammlung von Wacquant enthaltenen Essays gelten dem Zusammenhang von sozialer und ethnischer Ausgrenzung und staatlicher Politik in den Metropolen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Diese aus einer erfahrungsgestützten Perspektive geschriebenen Beiträge diagnostizieren die sich überall abzeichnenden Formen städtischer Armut und Gewalt in den entwickelten Gesellschaften des reichen Westens. Der Autor arbeitet mit einem soziologischen Konzept des Ghettos als Instrument ethnischer Kontrolle und Einschließung. Er zeigt, wie sich Staaten zunehmend von der Idee und der Praxis der sozialen Wohlfahrt trennen und zur Ausgrenzung der »sozial Abgehängten« übergehen. Wacquant, derzeit Professor für Soziologie an der Universität von Berkeley und ehemaliger Schüler und Mitarbeiter Pierre Bourdieus, kann als einer der derzeit bedeutendsten Kritiker der neoliberalen Ordnung gesehen werden. Die vorliegende Aufsatzsammlung ist gerade für Menschen, die sich für Stadtforschung und insbesondere für die Themen der räumlichen Segregation und der ethnorassischen Trennung interessieren, sehr empfehlenswert.

✖ Loic Wacquant: Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays, Basel / Birkhäuser Verlag 2006, 24,90 Euro - [ISBN - 10: 3-7643-7461-6]





Zwischen Antisemitismus und Islamophobie

▮ VON JANA SEPPELT / ZAG

Dieses Buch umfasst einerseits Texte, die einen stärkeren Europa-Bezug haben und sowohl auf Antisemitism(en) als auch Islamophobie(n) im Kontext von Migration, Integration und Multikulturalismus eingehen, andererseits aber auch Beiträge, die ähnliche Phänomene im Kontext des Konfliktes um Israel / Palästina diskutieren und sich mit Wahrnehmungen von Betroffenen und Beobachtern im Nahen Osten befassen. Das Buch gibt dabei – glücklicherweise – keine Antwort auf Fragen der Vergleichbarkeit / Nicht-Vergleichbarkeit der Phänomene, sondern behandelt vor allem andere Aspekte zwischen Antisemitismus und Islamophobie mit einem starken Fokus auf dem Antisemitismus und den Nahostkonflikt. Insgesamt handelt es sich um eine gelungene Auseinandersetzung mit der komplexen Thematik. Es ist allerdings zu beklagen, dass der Neologismus »Islamophobie« unkritisch übernommen wird. Der Begriff der »Phobie« entstammt der Psychopathologie und ist problematisch, da mit ihm Neurosen von Einzelnen bezeichnet und als individuell heilbar suggeriert werden. Außerdem wird mit diesem Begriff eine Trennung zwischen Islam und Islamismus suggeriert, wobei ersterer »integriert« und zweiterer isoliert und marginalisiert werden müsse. Besser ist, den auch von Iman Attia benutzten Begriff des anti-muslimischen Rassismus zu benutzen, weil damit die »Vernatürlichung des Anderen« (Othering) kritisiert werden kann, ohne aber in das Muster der »Islam-Kritik« zu verfallen, mit der die mit dem »Islam« assoziierten und kritisierten Herrschaftsformen aus der eigenen Gesellschaft rhetorisch entsorgt werden. Außerdem hebt dieser Begriff den Subjektbezug auf Muslim(a) stärker hervor.

✖ John Bunzl, Alexandra Senfft (Hrsg.): Zwischen Antisemitismus und Islamophobie: Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost; Hamburg / VSA-Verlag 2008 - 19,80 Euro [ISBN 978-3-89965-281-9]

REZENSION



Bewegte Geschichte

VON CHRISTIAN SCHRÖDER

Geschichte lässt sich nur in Auseinandersetzung mit den sozialen Kämpfen von Bewegungen verstehen. Das ist in Deutschland nicht selbstverständlich – erst recht nicht in der deutschen Universitätslandschaft.

Einen Überblicksband über soziale Bewegungen in Deutschland gab es bislang nicht. Was es gab, waren Protestgeschichten von Einzelbewegungen und Protestnetzwerken. Dies hat sicherlich damit zu tun, dass es keine institutionelle Bewegungsforschung an deutschen Universitäten gibt. Zwei langjährige Bewegungsforscher, der Magdeburger Politikwissenschaftler Roland Roth und der Berliner Soziologe Dieter Rucht, haben jetzt ein Handbuch herausgegeben, welches diese Lücke füllen soll und den Anspruch hat, einen umfassenden Überblick über die Geschichte der sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik und der DDR zu geben. Dazu haben sie 28 AutorInnen gewonnen, vorwiegend bewegungsnahe WissenschaftlerInnen, die alle ausgewiesene KennerInnen der Materie sind.

Im einleitenden Kapital skizzieren die Herausgeber Entwicklung und Fragestellungen der Bewegungsforschung, den Forschungsstand und benennen die Spannungsfelder, in denen alle Protestbewegungen mehr oder weniger agieren, sowie die Konflikte, die sie prägen: Den Grad der Institutionalisierung zwischen losem Bewegungsnetzwerk und Organisation, die Möglichkeiten der Kooptation durch herrschende Politiken sowie die damit verbundenen Gefahren der Systemstabilisierung und Aufgabe der ursprünglichen Ziele eines umfassenden sozialen Wandels. Aber eben auch das Problem, dass kollektives Handeln nur begrenzt planbar und Mobilisierung nie von Dauer ist. Und vor allem: Woran will man den Erfolg von Bewegungen messen?

Auf den ersten 150 Seiten schildern verschiedene AutorInnen die sozialen und politischen Rahmenbedingungen, in deren historischem Kontext die Protestbewegungen zu verstehen sind. Hierbei orientieren sie sich an den gängigen historischen Einteilungen: die unmittelbaren Nachkriegsjahre (1945–1949), der CDU-Staat (1949–66), Große und Sozialliberale Koalition (1966–1974), das Modell Deutschland und seine Krise (1974–1989), DDR – regimekritische und politisch-alternative Akteure (1949–1990), das wiedervereinigte Deutschland – soziale Bewegungen »im Systemwandel«. Im Hauptteil des fast 800 Seiten umfassenden Buchs erläutern unterschiedliche AutorInnen insgesamt 21 Einzelbewegungen und Protestnetzwerke: so zum Beispiel die Friedensbewegung, die Anti-Atomkraftbewegung, die Arbeiterbewegung, die Bürgerbewegungen in der DDR, die Dritte-Welt-Bewegung, die Proteste von Arbeitslosen, die Frauenbewegung oder die globalisierungskritische Bewegung. Auch der Rechtsextremismus wird als soziale Bewegung gefasst. Der besseren Lesbarkeit halber sind die Artikel zumeist gleich gegliedert: historische Vorläufer, Entwicklungslinien, Ideologie und Zielsetzungen, Organisationen, Netzwerke, Strategien und Aktionen sowie Wirkungen und Perspektiven. Illustriert und aufgelockert werden die Beiträge durch Mobilisierungsplakate der jeweiligen Proteste.

Zu Recht gestehen die Herausgeber, dass jeder Leser und jede Leserin eine oder mehrere Bewegung vermissen werde, so etwa die »Krüppelinitiative«. Auch muss man häufig überlegen und suchen, welche Bewegung unter diesem oder jenem Titel »eingeordnet« wurde. Denn die Übergänge sind fließend, eindeutige Abgrenzungen oft nicht möglich. Auch erschließt sich nicht gleich, warum beispielsweise »Kampagnen gegen Bio- und Gentechnik« ein eigenes Kapitel und damit den gleichen Platz wie die Frauen- und Arbeiterbewegungen bekommen. Anspruch der Herausgeber ist es auch, keine Protestgeschichte allein Westdeutschlands, sondern auch der DDR zu schreiben. Dennoch bleibt das Ungleichgewicht unübersehbar, sind doch soziale Bewegungen in der DDR noch weniger als in der BRD erforscht und die Datenlage noch dürftiger.

Die gut lesbaren Artikel sind insgesamt hervorragende Überblicke über die verschiedenen Einzelbewegungen und fast alle auf sehr hohem Niveau. Der mehrmals verschobene Erscheinungstermin des Buchs hat sich in Hinblick auf die Qualität gelohnt. Wer sich über eine Protestbewegung informieren will, findet in diesem sehr nützlichen – wenn auch sehr kostspieligen – Nachschlagewerk kompakte Beiträge und zuverlässige Informationen mit weiteren Literaturhinweisen und einer abschließenden »Chronologie von Ereignissen« – unterteilt in »welt- und bundespolitisch bedeutsame Ereignisse« und »Aktivitäten von sozialen Bewegungen und Protestgruppen in Deutschland«.

✖ Roland Roth, Dieter Rucht (Hrsg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch Campus 2008, Frankfurt am Main/ New York EUR 49,90 - SFR 84,00 - 770 Seiten - [ISBN 978-3-593-38372-9]

ANZEIGEN



Fight the Game



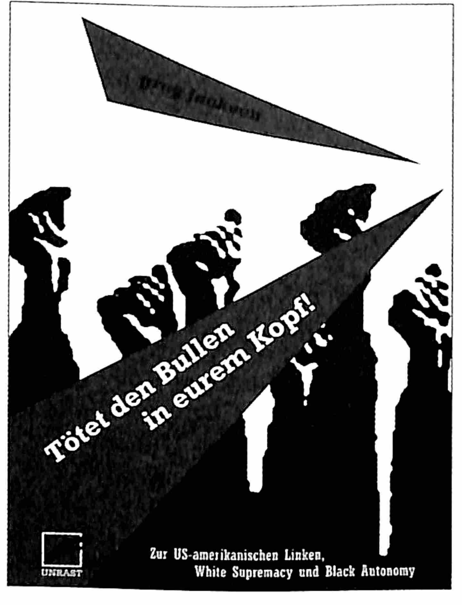
nachrichten aus dem prekären leben
analyse & kritik



MEDIBÜRO
BERLIN



Neue Soziale
FORSCHUNGSJOURNAL
Bewegungen
RECHTSRADIKALE ZIVILGESELLSCHAFT?
Neonazis besetzen das Ehrenamt
Heft 4 - Dezember 2008 € 14,-



Tötet den Bullen in eurem Kopf!
UNRAST
Zur US-amerikanischen Linken, White Supremacy und Black Autonomy



GEMACHTE DIFFERENZ
Kontinuitäten biologischer »Rasse«-Konzepte





UNRAST

BACKLIST

2008 **Nr.53** Homophobie **Nr.52** Antidiskriminierung **2007** **Nr.51** Grenzerfahrungen **Nr.50** Verschwörungen **2006** **Nr.49** Nationale Befreiungsbewegungen **Nr.48** Die Türkei in Europa **2005** **Nr.47** Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ **Nr.46** Lechts und Rinks **2004** **Nr.45** Migration von Frauen (vergriffen) **Nr.44** Migrationsmanagement (vergriffen) **2003** **Nr.43** Antiziganismus (vergriffen) **Nr.42** 911 Turbo **2002** **Nr.41** Monster AG **Nr.40** Blitzkultur **2001** **Nr.39** Antisemitismus (vergriffen) **Nr.38** Abschiebeknäste **2000** **Nr.36/37** Zimmer ohne Aussicht **Nr.35** Schengenland (vergriffen) **Nr.34** Islambilder **1999** **Nr.33** Konzepte antirassistischer Arbeit **Nr.32** Die Bilder-Zag **Nr.31** Gesundheit als Privileg **Nr.30** Das Ende der Tabus **1998** **Nr.29** Sport und Rassismus **Nr.28** Innere Sicherheit light - Alternative Sicherheitskonzepte **Nr.27** Antirassistische Jugendarbeit **Nr.26** MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** **Nr.25** Arbeit mit Illegalisierten - Wege aus der Illegalität **Nr.24** Globale Migrationskontrolle **Nr.23** Mobilität **Nr.22** City 2000 **1996** **Nr.21** Balkan, Krieg und Flucht Nr.20 Ökologie **Nr.19** Einwanderungspolitik **Nr.18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹ (vergriffen) **1995** **Nr.17** Alltag-Kultur-Rassismus **Nr.16** Europa **Nr.15** Illegalisierung (vergriffen) **Nr.14** Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** **Nr.13** Polizei und Justiz **Nr.12** Rassismus und Soziale Frage **Nr.11** Innere Sicherheit **Nr.10** Rassismus und Bildung **1993** **Nr.9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (vergriffen) **Nr.8** Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen) **Nr.7** Rassismus und Bildung (vergriffen) **Nr.6** Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne (vergriffen) **1992** **Nr.5** Roma in der BRD / Rostock (vergriffen) **Nr.4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda (vergriffen) **Nr.3** Wer schweigt, stimmt zu **Nr.2** Greift ein!- Schaut nicht weg **1991** **Nr.1** Rassismus tötet

ABBILDUNGEN IM HEFT

- ✖ Wladimir Wladimirowitsch Putin
- ✖ † 19 Januar 2009 | Anastasia Baburova, Novaya Gazeta
- ✖ † 19 Januar 2009 | Stanislav Markelov, Anwalt
- ✖ † 7 October 2006 | Anna Politkovskaya, Novaya Gazeta
- ✖ † 9 Oktober 2003 | Alexei Sidorov, Toliattinskoye Obsrenie

IMPRESSUM

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, E-Mail redaktion@zag-berlin.de, Telefon +49 (0) 30 7857281, Fax +49 (0) 30 6913005, **Internet**: www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, ZAG-Kontonummer 303 96 01, **Gestaltung:** :::rainGroup **Druck:** Fata Morgana, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Brigitte Lötsch. Die **ZAG im Abonnement**: http://www.zag-berlin.de oder ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.